

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Daten- schutz, Informationsfreiheit und zur Um- setzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG

1. Sitzung
23. Dezember 2016

Beginn: 11.03 Uhr
Schluss: 13.21 Uhr
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Konstituierung des Ausschusses für Inneres, Sicher- heit und Ordnung, Digitale Verwaltung, Daten- schutz, Informationsfreiheit und zur Umsetzung von Artikel 13 Abs. 6 GG sowie § 25 Abs. 10 ASOG

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bericht über die aktuelle Sicherheitslage in Berlin
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, der AfD und der FDP)

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Ich schlage vor, dass wir keine Begründung abgeben, sondern dass wir sofort dem Herrn Senator das Wort erteilen, damit wir über die Sicherheitslage in Berlin alles erfahren, was notwendig ist. Das Wortprotokoll ist von Ihnen genehmigt, sodass wir jetzt beginnen. – Herr Senator, Sie haben das Wort!

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich darf für die Senatsverwaltung für Inneres und Sport erklären, dass ich mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen freue und dass ich alles tun werde, damit es eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit wird.

Meine Damen und Herren! Wir hatten vor wenigen Minuten erste Meldungen über eine erschossene Person in Mailand. Das, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt dazu sagen können, ist, dass der italienische Innenminister vor Kurzem offenbar erklärt hat, dass es sich bei dem erschossenen Mann in Mailand um Anis Amri handelt. Gegenwärtig ist das offiziell in der Identifizierung vom BKA noch nicht bestätigt. Wir haben es jetzt 11.12 Uhr, und insofern besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, aber ich kann das vonseiten der deutschen Behörden in dem Augenblick noch nicht bestätigen.

Hintergrund dafür war wohl, dass heute Nacht um 3.00 Uhr in Mailand ein Mann in eine Polizeikontrolle gekommen ist und bei der Polizeikontrolle das Feuer auf die Polizisten eröffnet hat und im Zuge eines Schusswechsels dann von italienischen Polizisten erschossen wurde. Wie gesagt, die Identifizierung läuft gegenwärtig, und sobald wir nähere und weitere Informationen haben – ich vermute mal, dass diese noch im Laufe der Sitzung eintreffen – werden wir den Ausschuss unverzüglich informieren.

Wichtig noch dazu: Das bedeutet aber nicht, dass die Fahndungsmaßnahmen dann eingestellt werden oder Ähnliches, weil zu dem Zeitpunkt noch nicht klar ist, ob es gegebenenfalls nicht doch Mittäter gegeben hätte, und selbstverständlich wird der Sachverhalt weiterhin mit aller Kraft aufgeklärt.

Zunächst einmal zur Sachverhaltsdarstellung: Sie kennen das vielleicht schon oder wahrscheinlich schon teilweise, ich will mich trotzdem noch mal bemühen, chronologisch vorzugehen. Wir hatten am Montag, den 19. Dezember 2016, 20.02 Uhr einen furchtbaren Anschlag in Berlin. Ein Lkw mit polnischem Kennzeichen, beladen mit Stahlträgern, ist aus Richtung Kantstraße kommend auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz gefahren und dort über den Weihnachtsmarkt etwa 60 Meter weit gefahren. Er hat dort Menschen getötet und verletzt und kam dann auf der Budapester Straße zum Stehen. 20.04 Uhr – zwei Minuten später – sind dann die Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei alarmiert worden und trafen innerhalb weniger Minuten am Tatort ein – mit der Maßgabe, alle verfügbaren Kräfte zum Ereignisort zu bringen. Am Ort selber sind dann Sofortmaßnahmen eingeleitet worden, der Tatort wurde abgesperrt, zahlreiche Helfer vor allem von der Feuerwehr und von der Polizei haben dort Erste Hilfe geleistet. Ich kann sagen, dass insgesamt 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Feuerwehr und der Hilfskräfte oder Hilfsdienste wie beispielsweise dem DRK vor Ort zum Einsatz kamen, ergänzt durch Polizistinnen und Polizisten, sodass dann insgesamt etwa 500 Beamte bzw. Helferinnen und Helfer am Tatort im Einsatz waren.

Innerhalb weniger Minuten bin ich informiert worden und habe mich dann gemeinsam mit dem Regierenden Bürgermeister zum Tatort begeben. Die Wirtschaftssenatorin Pop war ebenfalls da, Staatssekretär Akman kam dazu. Vor Ort habe ich dann Herrn Gräfling und Herrn Kandt angetroffen. Der Eindruck war, dass dieser Hilfseinsatz sehr professionell und sehr engagiert ablief. Und ich danke noch mal ganz ausdrücklich allen Helferinnen und Helfern, die unmittelbar am Einsatz beteiligt waren und dort wirklich professionell, konzentriert und sehr diszipliniert Hilfe geleistet haben.

Das gilt ausdrücklich auch für die Berliner Krankenhäuser. Zahlreiche Berliner Krankenhäuser waren an dem Rettungseinsatz und der Versorgung der Verletzten beteiligt. Ich möchte jetzt insbesondere mal die Charité und Vivantes herausheben. Dort ist der Katastrophenalarm ausgerufen worden. Das bedeutete, dass medizinisches Personal von Zuhause ins Krankenhaus gerufen wurde und innerhalb kürzester Zeit in den Krankenhäusern genügend medizinisches Personal zur Verfügung stand, um die Verletzten tatsächlich auch zu versorgen. Es ist innerhalb von 80 Minuten gelungen, alle Schwerverletzten in den Krankenhäusern zu versorgen. Um da mal eine Größenordnung zu nennen: Sowohl Vivantes als auch die Charité hatten jeweils 1 000 Menschen an medizinischem Personal im Einsatz. Es ist also auch gelungen, alle Verletzten individuell zu behandeln, individuelle medizinische Hilfe zu leisten. Da wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht wussten, um wie viele Verletzte es sich handeln würde, und auch noch nicht wussten, ob gegebenenfalls noch weitere Anschläge oder weitere Ereignisse drohen, die die Zahl der Verletzten nach oben bringt, haben wir diese Kapazitäten erst mal auf dieser Größenordnung belassen, um handlungsfähig zu bleiben. Wenn man zu diesem Tag überhaupt etwas Gutes sagen will, dann, dass ganz offensichtlich der Noteinsatz funktioniert hat, dass die Berliner Sicherheits- und Rettungskräfte gut aufgestellt waren, um ein solches Ereignis – einen solchen Anschlag – zu bewältigen.

Am 19. und 20. Dezember haben dann auf der Ebene der Innenministerkonferenz verschiedene Telefonschaltkonferenzen stattgefunden, damit es eine Koordinierung zwischen Bund und Ländern gibt, damit die Sicherheitsbehörden in Deutschland möglichst einheitlich agieren und dass deutschlandweit an Weihnachtsmärkten, an öffentlichen Plätzen die Länder und die jeweiligen Sicherheitskräfte lageorientiert besondere Präsenz zeigen konnten. Das war dann auch der Fall. Es gab in den Telefonschaltkonferenzen und dann in der Konferenz des Bundesinnenministers mit den Landesinnenministern das Angebot des Innenministers, dem Land Berlin auch personell Unterstützung zu leisten. Dieses Angebot haben wir angenommen, und ich bedanke mich ganz ausdrücklich beim Bundesinnenminister für dieses Angebot. Ebenso bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit zwischen den Bundes- und Landesbehörden im Zusammenhang mit dem Einsatz und der Fahndung.

Nach gegenwärtiger Lage müssen wir davon ausgehen, dass wir zwölf Tote sowie 53 Verletzte, davon 14 Schwerstverletzte, zu beklagen haben. Bei den Schwerstverletzten ist es leider so, dass noch einige Schwerstverletzte um ihr Leben ringen, deswegen können wir noch nicht abschließend sagen, dass es wirklich zwölf Tote sind, aber das ist die Situation, die wir gegenwärtig haben.

Zum Stand der kriminalpolizeilichen Ermittlungen: Richtig ist, dass der Lkw zeitweilig am Friedrich-Krause-Ufer geparkt war und dass es in der Tat ein Bekennerschreiben als auch ein Bekennervideo des Islamischen Staates gibt, das nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Berlin als authentisch einzustufen ist, obwohl in dem Video kein Täterwissen offenbart wird, und insofern ist davon auszugehen, dass der Islamische Staat zumindest nicht im Vorhinein über die Tat oder den Tathergang informiert war.

Zum Ermittlungsstand zum polnischen Lkw-Fahrer ist zu sagen, dass der ursprüngliche Fahrer des Lkw Lukasz U. war. Den Nachnamen gebe ich aus Datenschutzgründen hier nicht bekannt. Er hinterlässt eine Ehefrau und einen 17-jährigen Sohn. Ich sage hier noch einmal ganz ausdrücklich, dass das Land Berlin diesen polnischen Lkw-Fahrer betraut und ihm für

seinen Einsatz an dieser Stelle dankt. Er ist Opfer dieser schrecklichen Tat geworden, und unsere Gedanken sind bei ihm und seinen Angehörigen. Er stand ersten Ermittlungen zufolge letztmalig am 19. Dezember gegen 16.00 Uhr in Kontakt mit seiner Ehefrau. Er ist ein Cousin des Halters der Zugmaschine und war von diesem als Fahrer angestellt. Die Leiche des Lkw-Fahrers wies eine Schussverletzung auf, und die Spurenlage deutet darauf hin, dass es einen Kampf zwischen Täter und Opfer gegeben haben könnte.

Untersucht worden ist, ob der Abstellplatz am Friedrich-Krause-Ufer in irgendeinem Zusammenhang mit dem dortigen Standort der Berliner Ausländerbehörde steht. Das konnte in den Ermittlungen nicht bestätigt werden. Es handelt sich um einen vielgenutzten Lkw-Abstellplatz, sodass davon auszugehen ist, dass der Täter an diesem Standort den Fahrer überwältigt hat und sich in den Besitz des Lkw gebracht hat. Über GPS konnte dann der Fahrweg rekonstruiert werden, und gegen 20.53 Uhr ist dann eine erste tatverdächtige Person, die ein pakistanischer Staatsangehöriger ist, identifiziert und festgenommen worden. Die Festnahme erfolgte aufgrund von Zeugenaussagen – heute müssen wir sagen: von vagen Zeugenaussagen – aus dem Waldorf-Astoria-Hotel, also doch aus einer gewissen Entfernung heraus. Trotzdem war es so, dass die Täterbeschreibung der ersten Zeugenaussage auf den ersten Tatverdächtigen zutraf, deswegen erfolgte die Festnahme. Im Laufe der erkennungsdienstlichen Ermittlungen und der Verhöre stellte sich aber heraus, dass der Tatverdacht nicht erhärtet werden konnte. Es wurde dann kein Haftbefehl erlassen, und der erste Tatverdächtige wurde dann wieder freigelassen.

Ich muss schlicht sagen, wenn man sich die Zeugenaussage zu der Täterbeschreibung anschaut, war die Wahrscheinlichkeit, dass es sich um die gesuchte Person handelte, schon groß. Allerdings haben dann die Ermittlungen ergeben, dass er erstens die Tat bestritt, zweitens keine Blutspuren aufwies und drittens auch keine Schmauchspuren an ihm festzustellen waren, und das führte dann dazu, dass er wieder freigelassen wurde.

Es gibt einen dringenden Tatverdacht gegen eine Person, die mit dem Tatgeschehen in Verbindung steht. Es handelt sich um Anis Amri, einen Gefährder, aus Nordrhein-Westfalen kommend, tunesischer Staatsbürger, islamistisches Spektrum. Es wurde eine bundesweite und eine schengenweite Fahndung eingeleitet, ebenfalls unter Beteiligung der Öffentlichkeit. Ob jetzt diese Fahndung zur Ergreifung des Tatverdächtigen geführt hat – das habe ich vorhin schon ausgeführt –, werden wir im Laufe der nächsten Stunden genauer erfahren.

Die Spurensuche an tatrelevanten Orten dauert an. Die Auswertung sichergestellter Videomaterialien dauert ebenfalls an. Von der Berliner Polizei wurden diverse Zeugen vernommen, insgesamt sind aus der Bevölkerung bisher über 600 Hinweise eingegangen, die in einer Sofortlage alle erstbewertet und bearbeitet wurden. Es erfolgte ein Aufruf, verfügbares Video- oder Fotomaterial der Polizei zur Verfügung zu stellen. Hier wurde vom BKA eine spezielle Plattform zur Verfügung gestellt, damit diese Materialien dort hochgeladen bzw. hingeschickt werden können.

Zu den verstorbenen Personen kann ich sagen, dass bisher sechs Personen eindeutig identifiziert werden konnten. Weitere Identifizierungen werden schnellstmöglich vorangetrieben, wobei die Identifizierungslage sehr schwer ist, weshalb es leider Zeit in Anspruch nimmt. Da wir davon ausgehen, dass auch internationale Opfer zu beklagen sind, sowohl unter den Toten als auch unter den Verletzten – bei den Verletzten ist es natürlich bekannt –, haben wir über

die Bundesregierung die Botschaften der betroffenen Länder kontaktiert. Das ist alles noch nicht abgeschlossen, aber Sie können sicher sein, dass alles Erforderliche getan wurde. Gleichzeitig wurde auch eine professionelle und psychologische Betreuung aller Angehörigen sowohl am Tatort als auch an den nachfolgenden Tagen sachgerecht gewährleistet.

An dieser Stelle sage ich noch einmal ganz ausdrücklich für den Senat von Berlin – und ich denke, für die gesamte Stadt –, dass wir in Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen sind und unser herzliches Beileid an dieser Stelle aussprechen. Wir hatten einen ersten bewegenden Gedenkgottesdienst am 20. Dezember in der Gedächtniskirche am Breitscheidplatz. Das war wirklich ein bewegendes Ereignis. Und in den nächsten Tagen wird auch eine offizielle Trauerfeier im Berliner Dom stattfinden.

Die Gefährdungsbewertung der Lage nach dem Anschlag ist so, dass wir weiterhin von einer hohen abstrakten Gefährdungslage durch den islamischen Terrorismus ausgehen und dass unser besonderes Augenmerk auf die Weihnachtsmärkte als sogenannte weiche Ziele gerichtet ist. Allerdings sind konkrete Hinweise, konkrete Bedrohungen derzeit nicht bekannt.

Zwischen den Innenministern der Länder wurde vereinbart, dass die Weihnachtsmärkte deutschlandweit weiter öffnen. Allein Berlin hat am 20. Dezember und teilweise noch am 21. Dezember die Weihnachtsmärkte aus Pietätsgründen geschlossen. Das war eine freiwillige Schließung durch die Betreiber der Weihnachtsmärkte. Rechtsgrundlagen dafür hatten wir nicht. Das ASOG war an dieser Stelle nicht anwendbar, trotzdem sind die meisten Betreiber der Weihnachtsmärkte dieser Empfehlung gefolgt und haben ein Zeichen der Trauer gesetzt.

Die Sicherheitslage insgesamt ist so, dass wir beobachten, dass es eine Reihe von Trittbrettfahrern oder im Zusammenhang mit der Tat stehende Ereignisse gibt. Beispielsweise gab es an Flüchtlingseinrichtungen Straftaten, indem dort Bewohner der Flüchtlingseinrichtungen beschimpft worden sind. Die Polizei ist dann an dieser Stelle eingeschritten. Ich kann auch sagen, dass im Zusammenhang mit der Festnahme des ersten Tatverdächtigen, der sich dann als unschuldig herausgestellt hat, sein Wohnort, nämlich das Flüchtlingsheim am Flughafen Tempelhof, noch in der Nacht durchsucht worden ist, und es ist so, dass keinerlei Erkenntnisse dabei gewonnen werden konnten. Es wurde nichts gefunden. Es gibt keine Hinweise auf islamistische Aktivitäten in den Flüchtlingsheimen.

Die Polizei – das Landeskriminalamt – hat noch am 19. Dezember eine besondere Aufbaueinheit gegründet. Insgesamt waren seit dem 19. Dezember bis zum 22. Dezember 5 287 Dienstkräfte aus allen Bereichen im Einsatz. Um das mal auf Tage zu verzeichnen: Am ersten Tag hatten wir etwa 500 Beamte im Einsatz, an allen nachfolgenden Tagen waren es dann täglich etwa 1 200 Beamte. Der Verfassungsschutz hat ebenfalls eine lageorientierte Sonderorganisation gegründet, um die Aufklärung voranzutreiben und festzustellen, ob – ich sage mal – im Gefährdermilieu und in Kreisen des Gefährdermilieus besondere Aktivitäten feststellbar waren und um das entsprechend beobachten zu können. Und wir haben uns für das Land Berlin entschieden, die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen. Sie sehen jetzt schon überall oder haben schon seit dem 20. Dezember im öffentlichen Straßenbild gesehen, dass an allen relevanten öffentlichen Plätzen und Straßenkreuzungen Kolleginnen und Kollegen der Polizei sichtbar präsent sind, dass wir an den Eingängen aller Weihnachtsmärkte sichtbare Präsenz der Polizei mit Schutzweste und Maschinenpistole haben und

dass wir in den Eingangsbereichen der Weihnachtsmärkte zusätzliche Betonpoller aufgestellt haben. Es sind etwa 600 Stück Betonpoller, die dort eingesetzt werden mussten.

Es gab dort auch deutliche Unterstützung aus der Bevölkerung – Steinfindlinge sind uns angeboten worden –, wie man auch bei der Tat am 19. Dezember sagen kann, dass nicht nur die Einsatzkräfte vor Ort geholfen haben, sondern dass sich auch die Passanten sehr diszipliniert verhalten haben. Unter den Passanten war auch medizinisches Fachpersonal, das sich sofort bereit erklärt hat, noch zusätzlich zu helfen. Unter den Passanten und den Besuchern des Weihnachtsmarktes waren auch Polizeibeamte, die dort außer Dienst waren, die sofort Mithilfe geleistet haben. Es war also insgesamt eine deutliche Unterstützung zu verzeichnen.

Um einen Ausblick auf die Silvesterfeier in Berlin zu geben: Dort ist zunächst einmal zu sagen, dass die Silvesterfeier am Brandenburger Tor und an der Straße des 17. Juni sowieso mit deutlich höherem Sicherheitsniveau gefahren wird, als man es beispielsweise aus Erfahrungen im vergangenen Jahr in Köln dort verzeichnen musste. Es gibt also dort ein hohes, professionelles Sicherheitskonzept, das den Einsatz von etwa 2 400 Beamten und Beamten vorgesehen hat. Und da die Silvesterparty sowieso mit einem G8-Zaun abgeschirmt ist, die Eingänge kontrolliert werden, dort auch Taschenkontrollen stattfanden, war oder ist das Sicherheitsniveau dort sowieso besonders hoch. Trotzdem wird dieses Sicherheitskonzept jetzt noch mal deutlich überarbeitet. Wir werden die Anzahl der eingesetzten Beamten und Beamten noch mal deutlich nach oben anpassen und auch bei der Befahrbarkeit der Straße des 17. Juni und der Zugänge zu der Straße des 17. Juni entsprechende Schikanen mit Betonpollern aufbauen, um dort noch mal den Sicherheitsstand deutlich zu erhöhen.

Sie werden sich fragen, wenn wir täglich 1 200 Beamtinnen und Beamte im Einsatz haben, welche Auswirkung das auf die sonstige Sicherheitslage in Berlin hat. Da kann ich Ihnen sagen, dass die aktuellen Ereignisse die Sicherheitsbehörden Berlins natürlich in erheblichem Umfang fordern. Sowohl die Dienstkräfte der Berliner Polizei als auch der Berliner Feuerwehr haben in den vergangenen Tagen mit einem unglaublichen Engagement und unter Zurückstellung privater Belange professionelle Arbeit geleistet. Sie sind dabei häufig an ihre psychischen und physischen Grenzen gebracht worden, in einigen Fällen auch darüber hinaus.

Unter anderem diesem Umstand und diesem Engagement der beteiligten Polizistinnen und Polizisten und Feuerwehrleute ist es zu verdanken, dass für Berlin diese bislang einmalige Einsatzsituation ohne wesentliche Einschränkungen der Sicherheit in der Stadt und ohne wesentliche Auswirkungen auf die Sicherheitsarbeit in der Stadt gemeistert wurde. Die Arbeit der Polizeiabschnitte, der örtlichen Direktionen des Landeskriminalamtes konnte weiterhin gewährleistet werden. Das ist auch in Zukunft sichergestellt, und ich kann mich in diesem Zusammenhang nur nochmals bei allen Dienstkräften und auch ausdrücklich bei ihren Angehörigen dafür bedanken.

Im Ergebnis ist nach jetzigem Kenntnisstand also von einem Anschlag aus dem islamistischen Spektrum auszugehen. Es besteht weiterhin eine hohe abstrakte Gefährdungslage. Der Generalbundesanwalt hat die Ermittlungen am 20. Dezember, 8.15 Uhr, übernommen. Damit ist auch sämtliche Öffentlichkeitsarbeit, die dort zu leisten ist, in Regie des Generalbundesanwaltes. Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt hat zur Folge, dass auch das BKA die Ermittlungen übernimmt. Das ist personell jetzt Zug um Zug geschehen, aber die Kolleginnen und Kollegen des Landeskriminalamtes leisten dort in Zusammenarbeit mit dem BKA an dieser Stelle weiterhin Großes, und – ich habe das vorhin schon gesagt – die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet. Ich habe da volles Vertrauen in die Sicherheitsbehörden.

Wir sollten uns bemühen und haben uns in den vergangenen Tagen bemüht, Spekulationen zu vermeiden. Ich bedanke mich ausdrücklich auch bei den Medienvertretern für die Zurückhaltung und Sachlichkeit der ersten zwei Tage. In den vergangenen Tagen hat das, ich sage mal, etwas nachgelassen, und die Spekulationen haben sich deutlich erhöht. Ich bitte da an dieser Stelle auch um Zurückhaltung, weil die eine oder andere Information Ermittlungsarbeiten durchaus beeinträchtigt oder zumindest beeinträchtigen kann. Für uns ist ärgerlich, dass Informationen ganz offensichtlich auch aus den Sicherheitsbehörden nach außen getragen wurden, an die Medien getragen wurden. Ich bedauere das ausdrücklich und sage, dass wir Ermittlungen gegen Unbekannt an dieser Stelle aufgenommen haben, um dort Geheimnisverrat möglichst einzudämmen oder aufzuklären. Aber noch mal der Appell, durch Medienspekulationen die Ermittlungsarbeiten nicht zu beeinträchtigen!

Zunächst sind wir intensiv dabei, die Faktenlage zu klären. Ich habe bei Beobachtung der Diskussionen in den vergangenen Tagen gemerkt, dass die politische Diskussion schon begonnen hat, dass manchmal aus dem Bauch heraus oder als politische Trittbrettfahrerei versucht wurde, Kapital aus dieser Tat zu schlagen und jetzt bestimmte schnelle Konsequenzen zu fordern. Ich sage Ihnen aber ganz ausdrücklich, dass es sich im Moment um ein laufendes Ermittlungsverfahren handelt und dass die Faktenlage noch nicht eindeutig bekannt ist, und solange das so ist, arbeiten wir intensiv daran, zunächst mal die Fakten aufzuarbeiten, um sichere Informationen Ihnen als Abgeordnete als auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können, und nach Feststellung der Faktenlage werden wir eine entsprechende Bewer-

tung vornehmen und uns auch über Konsequenzen unterhalten und gegebenenfalls auch eine politische Bewertung vornehmen können. Unsere Priorität eins galt in den letzten Tagen, den oder die Täter zu fassen. Wir haben im Moment ganz offensichtlich die Situation, dass der Täter in Mailand gefasst werden konnte. Wie gesagt, die Fahndungsarbeiten laufen aber noch weiter, und das steht für uns im Moment im Vordergrund.

Es hat aber in den letzten Tagen zu dem zweiten möglichen Tatverdächtigen Anis Amri verschiedene Diskussionen gegeben. Der hielt sich offensichtlich seit Frühjahr 2015 in Deutschland auf, und wir haben die verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Erkenntnisse zusammengetragen, und ich würde an dieser Stelle Staatssekretär Akmann bitten, über Amri zu informieren.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Dann gebe ich das Wort weiter an den Herrn Staatssekretär Akmann.

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank! – Das mach ich sehr gerne. – Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich schließe mich zunächst dem Anliegen des Innensenators an und wünsche uns auch eine gute Zusammenarbeit in den nächsten fünf Jahren.

Sie haben es den Medien und auch der Öffentlichkeitsfahndung des Generalbundesanwaltes entnommen, dass Anis Amri der dringend Tatverdächtige ist. Welche Erkenntnisse liegen uns zu Anis Amri vor? Er ist tunesischer Staatsangehöriger, 1992 geboren. Eingangs möchte ich sagen, dass die Sachlage zu Anis Amri äußerst unübersichtlich ist. Ich spreche vielleicht sogar von einem Puzzle – so würde ich es mal bezeichnen –, weil er im Laufe der Zeit – er ist also anderthalb Jahre in Deutschland gewesen, von Sommer 2015 bis heute oder bis die Tage sozusagen – unter sieben Aliasnamen bekannt war.

Unsere Informationen – also die Informationen, die ich Ihnen jetzt vortrage – beruhen auf Erkenntnissen des Landeskriminalamtes Berlin – zum Großteil –, aber auch auf Angaben, die uns das LKA Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt hat. Vielleicht vorab: Der Amri ist im April 2011 zunächst illegal über Lampedusa nach Italien eingereist. Bei uns ist unbekannt, ob dort in Italien ein Asylverfahren durchgeführt wurde, und es ist uns auch unbekannt, auf welchem Wege und vor allem aus welchem Grund dann die Ausreise des Amri erfolgte. Wir können jedenfalls feststellen, dass Ende Juli 2015 die Ersteinreise in die Bundesrepublik stattfand. Er wurde dann hier in Berlin im LAGeSo registriert und wurde dann von hier sozusagen einer Flüchtlingsunterkunft in Nordrhein-Westfalen zugewiesen. Das war in Emmerich.

Er hielt sich dann in der Folgezeit auch in verschiedenen anderen Städten in Nordrhein-Westfalen auf, aber eben auch in Berlin. Wir konnten eigentlich seit der Einreise hier in Berlin beobachten, dass er des Öfteren zwischen Nordrhein-Westfalen und Berlin pendelte. Nach heutiger Kenntnis ist es allerdings so – das ist nicht ganz unwichtig –, dass eben Amri zu keinem Zeitpunkt in Berlin melderechtlich erfasst war. Man muss aber sagen, er hat sich unter verschiedenen Identitäten – ich habe es eben gesagt – in verschiedenen Bezirken auch in Berlin aufgehalten.

Amri hat dann im Laufe der Zeit verschiedenen Asylgesuche unter verschiedenen Aliasnamen – ich sagte es bereits – gestellt, etwa in Oberhausen, aber auch in Karlsruhe, und er hielt sich

dann auch in verschiedenen Asylunterkünften auf – u. a. in Hildesheim, in Freiburg und wiederum in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen, etwa auch in Dortmund. Er erschien aber teilweise nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen und wurde daher auch teilweise zur Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben.

Es gibt ja ein Ausländerzentralregister, und nach der dortigen Auskunft liegt – auch das ist ein wichtiger Punkt, denke ich, hier für Berlin – die ausländerbehördliche Zuständigkeit für ihn, für den Betroffenen, bei der Ausländerbehörde Kleve in Nordrhein-Westfalen, und zwar bis zum heutigen Tage.

Noch am 19. November 2016 schlug Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund dieses pendelnden Aufenthalts vor, es trotz der Aufenthalte in Berlin dabei zu belassen, dass die ordnungsrechtliche Zuständigkeit in Nordrhein-Westfalen bleibt. Mit anderen Worten: Die Ausländerbehörde Berlin war für den Amri zu keiner Zeit zuständig.

Die Aufenthaltsbeendigung sollte auch – das war zwischen den Behörden so abgesprochen – durch Nordrhein-Westfalen betrieben werden und hat nun dazu geführt, dass die entsprechenden Rückreisedokumente oder die Passersatzpapiere nunmehr ja auch in Nordrhein-Westfalen vorliegen. Wenn Sie das Statement von Innenminister Jäger die Tage gehört haben, so hat er das ja auch so beschrieben, dass die jetzt sozusagen von den tunesischen Behörden übermittelt worden sind. Das spricht eben auch dafür, oder das bestätigt eigentlich, dass eben Nordrhein-Westfalen in dieser Sache auch zuständig ist.

Die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen erhielten relativ früh den Hinweis – also Mitte 2015 ungefähr –, dass Amri Kontakt zum syrischen IS haben soll, was denn damals auch an die dortige Ausländerbehörde weitergeleitet wurde. Es gab dann im Laufe der Zeit auch verschiedene Ermittlungsverfahren, und zwar wegen Verdachts der Körperverletzung. Es gab hier eine Tätlichkeit offenbar des Amri in Berlin auf dem Gelände des LAGeSo. Dann gab es ein Strafverfahren wegen mittelbarer Falschbeurkundung auch in Berlin. Das war beides 2015. Und auch in Nordrhein-Westfalen gab es ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des gewerbsmäßigen Betruges. Das war dann später in 2016.

Wichtig auch: Im Februar 2016 wurde Amri vom LKA Nordrhein-Westfalen erstmalig als Gefährder eingestuft. Es gab damals Hinweise, dass Amri im Internet Informationen zum Bau von Rohrbomben und Informationen zu chemischen Formeln sammelte – eben solche Informationen, die auch zur Herstellung von Sprengmitteln genutzt werden können. Er wurde deshalb auch im GTAZ – das ist das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, das von den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Landessicherheitsbehörden betrieben wird – behandelt.

Amri beabsichtigte dann in der Folgezeit, nach Berlin zu ziehen, und das LKA Berlin hat ihn dann richtigerweise am 10. März 2016 als islamistischen Gefährder eingestuft. Ein „Gefährder“ – das ist letztendlich ein Polizeibegriff – ist eine Person, zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen wird. Einhergehend mit dieser Gefährdereinstufung in Berlin wurde Amri dann eben auch durch das LKA Berlin zur polizeilichen Beobachtung ausgeschrieben.

Amri beabsichtigte damals offenbar, sich großkalibrige Schnellfeuergewehre zu beschaffen, und zwar über Kontaktpersonen in der französischen Islamistenszene. Man muss wissen, dass die Waffenbeschaffung in Frankreich wohl etwas einfacher ist als in Deutschland. Das war der Hintergrund. Und die Finanzierung seiner Anschlagsplanungen sollte durch die Begehung von Eigentumsdelikten erfolgen. Das LKA ging nach damaligen Erkenntnissen insgesamt davon aus, dass Amri seine Anschlagsplanungen ausdauernd und langfristig verfolgen würde, und er warb auch bei anderen Personen um entsprechende Unterstützung. Mit Blick auf diese Schnellfeuergewehre hat dann die Generalstaatsanwaltschaft Berlin ein Verfahren nach § 30 in Verbindung mit § 211 StGB eingeleitet und damals umfangreiche operative Maßnahmen durchführen lassen. Sprich: Seine Telekommunikation wurde vom LKA Berlin dann vom 5. April 2016 bis zum 21. September 2016 überwacht, und daraus wurde dann deutlich, dass er von Berlin aus eben auch mehrfach wieder nach Nordrhein-Westfalen reiste.

Der Tatverdacht in diesem Ermittlungsverfahren, was ich gerade erwähnt hatte, konnte aber trotz dieses eigentlich in der Praxis unüblicherweise langfristigen TKÜ-Zeitraums – TKÜ für Telekommunikationsüberwachung – nicht erhärtet werden.

Es wurde allerdings in diesem Zusammenhang bekannt, dass Amri sich vermutlich auch mit Betäubungsmittelkleinhandel beschäftigt, und in Abstimmung mit der Generalstaatsanwaltschaft Berlin wurde dann am 20. Oktober 2016 gegen Amri ein entsprechendes Verfahren natürlich eingeleitet. Dort wurde dann allerdings auch die rechtliche Bewertung getroffen, dass es keine Möglichkeit mehr gebe, die bisherigen operativen Maßnahmen – ich sprach gerade davon – fortzuführen. Insgesamt musste man nämlich feststellen, dass die eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen nichts erbracht hatten.

Erwähnen möchte ich noch, dass Amri im Sommer 2016 beabsichtigte, nach Italien zu reisen. Er wurde dann in einem Fernbus durch die Bundespolizei aufgegriffen wegen gefälschter Reisedokumente, und er befand sich daraufhin dann vom 30. Juli bis zum 1. August 2016 in der Haftanstalt in Ravensburg – in Klammern: Baden-Württemberg –, und Bemühungen der Landespolizei Baden-Württemberg, eine Abschiebehaft zu erwirken, blieben eben wegen des Fehlens eines Ausreisedokuments und der mangelnden Kooperation mit den tunesischen Behörden erfolglos. Daraufhin wurde er dann am 1. August 2016 entlassen.

Zuvor hatte Amri in Oberhausen einen Asylantrag gestellt – das war im Mai – und wurde dann auch im Mai – also am 6. Mai genau – in enger Absprache mit dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen aufgrund dieser neuen Wohnsitznahme durch das LKA Berlin als Gefährder wieder ausgestuft und an das LKA Nordrhein-Westfalen übergeben. Folgerichtig stufte dann das LKA Nordrhein-Westfalen Amri am 10. Mai 2016 aufgrund der Erkenntnislage auch wieder als Gefährder ein, und das war der Fall sozusagen bis zum heutigen Tage.

Es wurde dann damals mit dem Bundeskriminalamt auch vereinbart, dass sich das LKA Nordrhein-Westfalen dringlich um eine Abschiebung des Amri kümmern sollte und sämtliche ausländerrechtlichen Maßnahmen auch initiiieren und koordinieren sollte. Später gab es dann noch einen Hinweis, dass sich Amri auch im November 2016 wieder in Berlin aufhielt. Das konnte sich aber nicht bestätigen. Im Prinzip konnte er nach dem 21. September 2016 – das war das Ende der Telekommunikationsüberwachung; das habe ich eben genannt – nicht mehr in Berlin festgestellt werden.

Insbesondere an seinen bekannten Kontaktadressen, die er hier in Berlin hatte – auch die Anlauforte, die er hier in Berlin hatte –, auch dort wurde Amri trotz verdeckter Maßnahmen nicht mehr beobachtet.

Zu guter Letzt: Es gab dann durch das in dieser Sache polizeilich federführende Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen – ich sagte es gerade – keinerlei Ersuchen mehr an das Landeskriminalamt Berlin, den Amri zu observieren. – So viel zu der Erkenntnislage zum Amri.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Die ersten Wortmeldungen. – Es beginnt Herr Dregger. – Bitte!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich zunächst einmal dem Lob an die Einsatzkräfte am 19. Dezember ausdrücklich anschließen. Ich war an dem Abend an einer Weihnachtsfeier, und als ich die Nachrichten hörte, bin ich auch sofort zum Breitscheidplatz gefahren. Der Eindruck, den ich hatte, war, dass dort außerordentlich gut organisiert und professionell vorgegangen worden ist – von der Polizei, von der Feuerwehr, von allen Hilfskräften, die im Einsatz waren. Das hat mir Respekt abgerungen, und ich wollte das auch mal zum Ausdruck bringen. Ich bin also den Hilfskräften sehr dankbar, dass sie an diesem Abend so effizient und gut gearbeitet haben.

Ich würde gern einige Fragen zum Hergang stellen. Die erste Frage betrifft den polnischen Fahrer des Sattelschleppers oder des Sattelzuges. Welche Erkenntnisse bestehen, dass er tatsächlich in das Tatgeschehen eingegriffen und Schlimmeres verhindert hat? Und daran anschließend: In welcher Form kann der Senat von Berlin seine Anerkennung den Hinterbliebenen des polnischen Fahrers aussprechen?

Die zweite Frage betrifft die BKA-Seite, wo ja offenbar Videomaterial von der Bevölkerung erbeten worden ist, um das zu sammeln. Es gibt Meldungen, dass auf diese Seite ein Hacker-Angriff am Dienstagabend zwischen 17.30 und 19.30 Uhr verübt worden ist – mit der Folge, dass in diesem Zeitraum diese Seite nicht einsatzfähig war. Es soll eine DDoS-Attacke gewesen sein. Können Sie das bestätigen? Wenn ja, was wissen wir über die Hintergründe, auch die Beteiligten, die diese Attacke ausgeführt haben?

Das führt zu meiner dritten Frage: Wie schätzen Sie die Frage ein, ob es Mittäter oder Unterstützer in Berlin gab oder gibt? Dazu haben Sie nichts gesagt. War er ein verirrter Einzeltäter, oder hat er sich auf ein Unterstützerfeld in Berlin stützen können?

Die vierte Frage: Inwieweit haben Sie Erkenntnisse darüber, dass es sich um einen Hintergrund handelt, der dem sogenannten Islamischen Staat zuzurechnen ist? Entsprechende Meldungen gibt es, aber ich weiß nicht, ob es Erkenntnisse dazu gibt.

Die nächste Frage: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Staatssekretär, haben Sie gesagt, dass nach Beendigung der Überwachung am 21. September 2016 das LKA keine Erkenntnisse mehr über den Aufenthaltsort in Berlin hatte. Wir kennen aber Medienmeldungen, die sogar Observationsbilder vom 14. und 15. Dezember des Hauptverdächtigen enthalten – hier in Berlin, in Moabit. Die Frage ist deswegen, ob Sie das erklären können, dass die Polizei diese Observationsbilder besaß, Sie aber offenbar dennoch sagen, dass über seinen Aufenthaltsort nichts bekannt war.

Die Frage der ausländerrechtlichen Behandlung ist eigentlich eine Frage, die wir jetzt nicht vertiefen können. Die Zuständigkeiten lagen im Land Nordrhein-Westfalen. Das haben Sie, glaube ich, zutreffend ausgeführt, und die politischen Schlussfolgerungen, die man daraus zu ziehen hat im Hinblick darauf, wie das Aufenthaltsrecht und das Asylverfahrensrecht zu verändern sind, das müssen wir an einer anderen Stelle erörtern – genauso wie weitere Schlussfolgerungen, die wir ziehen müssen. Damit möchte ich es erst mal bewenden lassen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Fragen möglichst präzise beantwortet werden könnten. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort. – Bitte!

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich möchte mich zunächst dem Dank des Senators anschließen – auch für meine Fraktion. Das war wirklich eine beeindruckende Leistung aller Kräfte von Polizei über Feuerwehr bis hin zu privaten Helfern, die dort Großes geleistet haben. Wenn wir heute eine erste Betrachtung der Ereignisse hier im Innenausschuss vornehmen – in einer vorgezogenen Sitzung –, dann ist es naturgemäß so, dass die gesamten Fakten, die gesamten Ermittlungen nicht abgeschlossen sind. Es ist wegen der Komplexität des Falles so, dass wir nicht davon ausgehen konnten und nicht davon ausgehen können, dass alles abgeschlossen ist. Die Ereignisse beschleunigen sich, und dass gerade heute geradezu in die Sitzung hinein die Meldung aus Mailand gekommen ist, zeigt, wie schwierig und wie umfangreich der ganze Komplex ist.

Aus all dem folgt, dass wir uns hier mit sehr viel detaillierten Konsequenzen, Schlussfolgerungen äußerst zurückhalten müssen. Ich bin Herrn Dregger sehr dankbar, dass er das auch betont hat und wir dann in einem nächsten Schritt, wenn mehr Klarheit da ist oder sogar die gesamten Faktenlage auf dem Tisch liegt, dann zu einer fundierten, abschließenden Beurteilung und Bewertung kommen können. Deswegen, glaube ich, sollten wir uns auf die Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt sind, auch konzentrieren.

Uns ist wichtig, dass die weiteren Ermittlungen, die mit dem heutigen Ereignis natürlich überhaupt nicht abgeschlossen sind, nicht gefährdet werden. Da ist ein Hinweis schon gefallen. Da ist auch eine gewisse Mitverantwortung der Beobachter, der journalistischen Beobachter gegeben, möglichst die polizeiliche Arbeit nicht zu gefährden. Aber wir selber haben auch die Verantwortung, dies zu beachten, und auch das ist ein Grund dafür, dass wir uns hier ein bisschen zurückhalten müssen, obwohl das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach ganz viel politischer Äußerung vielleicht da ist. Aber da ist eine Selbstbeschränkung richtig.

Auch die Frage der möglichen Defizite, die ja öffentlich angesprochen wurden und auch öffentlich diskutiert wurden, muss eingehend geprüft werden. Da haben wir vom Staatssekretär schon hilfreiche Hinweise bekommen. Das werden wir dann auch zum gegebenen Zeitpunkt tun.

Und schließlich: Die Zuständigkeiten zu beachten, ist wichtig. Das gilt für Nordrhein-Westfalen, aber auch den Bund. Alles, was Tunesien macht oder nicht macht, und so etwas – das sind Angelegenheiten des Bundes. Das muss man dann auch entsprechend einordnen.

Ich habe im Grunde zu den sehr umfänglichen Ausführungen nur einen ergänzenden Fragekomplex. Das betrifft die Moschee dort, und die Frage, wie damit umgegangen wird. Vielleicht können Sie jetzt noch in Bezug auf dieses ganze Umfeld dieser Moschee sagen, wie Sie damit umgehen. Ich gehe davon aus, dass es eine Erkenntnisgewinnung gibt und dass man versucht, dort etwas herauszufinden. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, wie es dort weitergeht, denn der Verein scheint jedenfalls geeignet zu sein, dass man ihn stärker in den Blick nimmt. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Alles Weitere später. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Zimmermann! – Herr Lux – bitte!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innensenator! Ich bin Ihnen auch sehr dankbar, dass Sie in den letzten Tagen deutlich formuliert haben: Die Priorität eins liegt auf der Erfassung des Täters. – Sollte es zutreffen, dass dieser nunmehr verstorben ist und man keine weiteren Informationen von ihm erhalten kann, dann bleibt natürlich als Priorität Nr. 1, das Umfeld aufzuklären. Es liegt ja nahe – nach den bekannten Tatsachen –, dass er durchaus auch Unterstützung, logistische oder anderweitige Unterstützung, aus einem bestimmten Umfeld erfahren haben müsste. Ich kann es mir sonst sehr schwer erklären, wie man sich diese Tatgelegenheiten und Tatwaffen verschafft, ohne dabei auf fremde Unterstützung angewiesen zu sein. Und ob diese wissentlich und wollentlich mit der Absicht, hier einen Anschlag auszuführen, erfolgt ist, das ist für mich die neue Priorität Nr. 1. Denn aus solchen möglichen Helfern, Beteiligten erwachsen ja auch Gefahren für die Bevölkerung insgesamt.

Ich finde, unser Dank an die Ermittlungsbehörden und an die Rettungsdienste nach dem Montag, den wir alle geteilt haben, hat auch zur Folge, dass wir momentan politisch geschlossen den Sicherheitskräften den Rückhalt versichern müssen – auch für die laufenden und weiteren Ermittlungen. Ich bin insofern auch dankbar oder hoffe, dass man auf Berliner Ebene dieser vorschnellen Forderungspolitik – was man schon immer mal sagen wollte – erst mal eine Absege erteilt und das ruhig und sachlich macht und dort nicht zu viel vermengt.

Das Gleiche gilt auch für dieses rückwärtsgewandte „blame game“, das gestern oder vorgestern aus Nordrhein-Westfalen eröffnet wurde und das Sie gerade, finde ich, fundiert zurückgewiesen haben. Trotzdem, sollte das nur am Rande erscheinen – – Denn natürlich war dieser Täter auf dem Radar, und das, glaube ich, muss man auch selbstkritisch eingestehen – für die Sicherheitsstruktur insgesamt. Optimal wäre es natürlich gewesen, so einen Anschlag zu verhindern und so einen Täter, der wildentschlossen ist, rechtzeitig zu stoppen. Aber dafür hatten wir nur teilweise Hinweise. In einem Rechtsstaat haben die Prognosen, die man da stellen konnte, wohl nicht ausgereicht. Er ist immer wieder durch die Maschen geschlüpft. Das haben Sie ja hier dargestellt, und das ergeben auch die bereits bekanntgewordenen Umstände.

Es ist trotzdem unsere Aufgabe, mehr dafür zu tun, dass solche Taten gar nicht stattfinden können, und Sie wissen, dass meine Fraktion eher den Schwerpunkt im Bereich des Vollzugs setzt. Wir glauben, dass wir ein klares Vollzugsdefizit haben bei der Ausstattung mit Personal, mit Ermittlern und auch bei der Umsetzung des rechtlichen Rahmens, den es ja gibt – für alle Möglichkeiten, um so einen Täter rechtzeitig zu stoppen. Trotzdem kann man das niemandem, vor allen Dingen gar nicht individuell, momentan zum Vorwurf machen, dass das

nicht passiert ist. Es ergeben sich trotzdem weitere Fragen, die wir auch politisch und parlamentarisch aufklären sollten.

Als Zweitdrängendstes – neben dem Umfeld – möchte ich mich der Frage des Kollegen Zimmermann anschließen, wonach der Moschee, über die wir in innenpolitischen Zusammenhängen leider relativ wenig erfahren haben – auch in anderen Berichten –, deutlich nachgegangen werden muss. Das gilt genauso für die Frage, die Berlin vielleicht nicht ganz so betrifft, ob es vorher schon Hinweise auf Amri gab, die verwertet hätten müssen.

Letzter Punkt – und auch dafür, Herr Innensenator, bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar – ist die Frage, was wir unmittelbar und kurzfristig zur Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen können. Dass man die Polizeipräsenz jetzt massiv erhöht, ist richtig und gut. Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass so etwas nicht auf alle Ewigkeit gefahren werden kann und dass man hier auch schauen muss, wie man konzeptionell zu einer Erhöhung der objektiven Sicherheit bei Großveranstaltungen kommt. Wir haben ja nicht nur die Silvesternacht, sondern eine Reihe von tollen Veranstaltungen, für die Berlin auch steht, bei der die Sicherheitsfrage auch in diesem Jahr rückblickend immer mal wieder fraglich war und die auch zu einem viel höheren Aufwand sowohl für die Veranstalter als auch für das Land Berlin beitragen und die man deswegen gut organisieren muss. Also, das wäre für mich aus Landessicht mindestens genauso wichtig – diese Frage: Wie schaffen wir es, dort die Sicherheit zu erhöhen? – wie die Frage danach, was man rechtlich-politisch noch klären muss. Da würde ich Sie bitten, hier auch weiter einen Schwerpunkt zu setzen. – Vielen Dank erst mal!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lux! – Dann hat jetzt Herr Taş das Wort. – Bitte!

Hakan Taş (LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ereignis am Breitscheidplatz hat uns alle schockiert und uns durchaus auch in eine Phase der tiefen Trauer gestürzt. Zwölf Menschen – das haben wir hier schon mehrfach gehört – wurden mitten in der Blütezeit ihres Lebens kaltblütig ermordet. Nahezu 50 Menschen sind verletzt, einige schwer verletzt. Derartige Ereignisse sind eine echte Herausforderung auch für Berlin und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt in Deutschland und in unserer Stadt. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir angesichts des Attentats alleine aus Pietätsgründen auf parteipolitische Taktiererei verzichten und eine sachliche und sachorientierte Analyse betreiben. An der Stelle möchte ich mich bei Herrn Dregger herzlich bedanken. In diesem Sinne möchte ich mich vorerst auch bei denjenigen bedanken, die am Tag des Attentats und darüber hinaus wichtige Arbeit in Berlin am Breitscheidplatz geleistet haben. Ein besonderer Dank geht an die Polizei- und Feuerwehrbediensteten. Ihrem schnellen und unermüdlichen Einsatz ist es zu verdanken, dass die Auswirkungen des Attentats nicht noch schlimmer waren als sie es ohnehin schon sind. Weiterhin möchte ich mich bei allen Medizinern und Assistenzkräften bedanken, die sich unkompliziert und schnell zu ihrem Dienst eingefunden haben, um die Verletzten zu versorgen. Die Stadt dankt euch für euer enormes Engagement!

Es gab und es gibt weiterhin Spekulationen in der ganzen Stadt. Die Medien haben schon bereits darüber berichtet. Ein ganz bekannter rechtsradikaler Aktivist hat noch am gleichen Abend eine Twitter-Meldung veröffentlicht, von Herrn Lutz Bachmann ist die Rede: „Interne Info aus Berliner Polizeiführung: Täter tunesischer Moslem. Das (!) der Generalbundesanwalt übernimmt, spricht für die Echtheit?“ Das wurde am 19. Dezember um 22.16 Uhr veröffentlicht. Vielleicht können Sie auch noch einmal auf die Frage eingehen und antworten, ob es tatsächlich stimmt, dass Herr Bachmann möglicherweise Kontakte zur Polizeiführung hat.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Taş. – Dann bekommt jetzt Herr Woldeit das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Ich kann mich zum einen den Worten der Vorredner anschließen, dass auch von unserer Seite der große und tiefe Respekt den Sicherheitskräften vor Ort auszusprechen ist. Herr Dregger und ich waren ebenso wie die Senatsverwaltung vor Ort und konnten uns dort ein Bild machen. Unabhängig von den schrecklichen Ereignissen ist natürlich die hohe Professionalität ausdrücklich zu loben. Meine Damen und Herren, ich kenne es aus Bundessicherheitskreisen, dass es anhand von unterschiedlichen Gefährdungslagen auch unterschiedliche Maßnahmenkataloge gibt. Wenn es eine abstrakte, theoretische Gefährdungslage gibt, gibt es eine gewisse materielle, personelle entsprechende Anpassung. Je konkreter die Gefährdungslage ist, desto mehr folgen dementsprechend auch die Maßnahmen. Verschiedenen Medienberichten konnte man bereits im Februar 2016 entnehmen, dass für Berlin die höchste Terrorwarnstufe gilt. Die Maßnahmen, die aufgrund einer hohen Terrorwarnstufe vorgesehen sind, sind eine Erhöhung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum, Erhöhung der Bewaffnung, Barrièreschutzmaßnahmen und Ähnliches. Das sind Dinge, die alle stattgefunden haben, leider Gottes erst im Nachgang zu diesen schrecklichen Taten. Deswegen interessiert mich – Punkt eins –: Gibt es seitens der Innenverwaltung genau wie auf Bundesebene diese sicherheitspolitischen Maßnahmen, sprich anhand der Gefährdungslageanpassung Anpassung der jeweiligen Sicherheitsmaßnahmen? Auch das Thema der Moschee ist etwas, das uns beschäftigt. Wir haben auch den Medien entnehmen können, dass es bereits unter dem Innensenator Henkel Bestrebungen gab, diese Moschee zu schließen. Auch an dieser Stelle gibt es von uns aus das Erkenntnisinteresse, wie dort der aktuelle Stand ist. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat jetzt Herr Luthe das Wort!

Marcel Luthe (FDP): Vielen Dank! – Auch ich möchte mich dem Dank der Kollegen anschließen, den Sicherheitskräften, den vielen Helfern, die sich unmittelbar und schnell vor Ort um die Verletzten gekümmert haben, meinen Dank aussprechen. Direkt und unbeirrbar zur Sache: Es gibt meines Erachtens einige Fragen, die im Moment noch zu klären sind, zu denen wir bisher auch in Medienberichten nichts gehört haben. Zunächst soll es einen Zeugen geben haben, der einen Fliehenden benannt hat, woraufhin dann entsprechend die Verfolgung aufgenommen wurde und die Festnahme erfolgt ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie kurz aushellen könnten, ob es Ermittlungen dahingehend gibt, ob dieser Hinweis möglicherweise gezielt ein falscher Hinweis gewesen sein könnte, der die Ermittlungsbehörden abgelenkt hat.

Zum zweiten: Der zunächst Festgenommene pakistanische bzw. afghanische Tatverdächtige hat, so die ersten Berichte über seine Vernehmung, die Tat gestritten. Da wäre es für mich sehr interessant zu verstehen, wann er die Tat erstmalig gestritten hat und ob es nach den üblichen Erkenntnissen auch von anderen Landes- bzw. Behörden der Europäischen Union üblich ist, dass islamistische Attentäter die Tat bestreiten, statt sich stolz dazu zu bekennen. In diesem Zusammenhang habe ich die weitere Frage, ob aufgrund der Festnahme des ersten Tatverdächtigen zunächst noch eine weitere Tätersuche mit ähnlicher Beschreibung geführt wurde oder ob mehrere Stunden lang überhaupt keine Tätersuche mehr stattgefunden hat.

Die vorhin von Ihnen, Herr Geisel, angesprochene hohe abstrakte Gefährdungslage mit islamistischem Hintergrund bringt mich zu dem nächsten Komplex, der mir – offen gestanden – unbegreiflich ist. Nach dem bisherigen Stand der Informationen bei allen größeren Anschlägen haben sie sich teils auch gezielt gegen jüdische Einrichtungen gerichtet. Auch jetzt sind wieder israelische Staatsbürger unter den Opfern. Trotzdem gibt es keinerlei Erhöhung der Sicherheit an den jüdischen Glaubenseinrichtungen in dieser Stadt. Auch mit Blick auf die – das können Sie vielleicht freundlicherweise auch noch einmal erläutern – auf die zentrale Veranstaltung am 27. Dezember zur Chanukka wäre ich Ihnen sehr dankbar zu verstehen, ob wir da ebenfalls erhöhte Vorkehrungen treffen. Zu guter Letzt halte ich es ebenfalls für sehr sinnvoll, wie mehrere Kollegen schon angesprochen haben, im Umfeld der Moschee, in der sich der mutmaßliche Täter Amri bewegt hat, ganz konkrete Ermittlungen auch dahingehend anzustellen, ob er in dieser Moschee oder im Umfeld dieser Moschee zu dieser Tat angestiftet worden ist.

Noch eines zu dem vorhin angesprochenen „wir mögen doch jetzt keine rückwärtsgewandte Diskussion darüber betreiben, was denn möglich gewesen wäre und ruhig diskutieren“: Sachlich sollten wir in jedem Fall darüber diskutieren. Zu viel Ruhe sollte es vielleicht an dieser Stelle nicht geben, sondern eine gewisse Betriebsamkeit dahingehend, zumindest aus den bekannten Fakten die Konsequenzen zu ziehen. Wir wissen, dass islamistische Terroristen an allen Stellen auch über das Internet damit werben, wie einfach Attentate mit Alltagsgegenständen durchgeführt werden können. Insofern wäre ich Ihnen dankbar zu verstehen, inwieweit der Senat Vorkehrungen dahingehend trifft, zumindest jedenfalls, wie es beispielsweise in Israel üblich ist, an großen Boulevards und öffentlichen Plätzen permanent derart verankerte Barrieren einzurichten – die sich übrigens auch in das Stadtbild einfügen könnten –, um

solche Taten möglichst kurzfristig dauerhaft zu verhindern und Nachahmer abzuhalten. – Viele Dank!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann sind wir mit der ersten Runde durch. Ich würde jetzt bitten, dass der Senator bzw. der Staatssekretär beantwortet, was gefragt wurde.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Wir fangen einmal an, und ich bitte dann auch den Polizeipräsidenten, einige Fragen zu beantworten. Zunächst einmal zu der Frage des Tathergangs und der Rolle des polnischen Fahrers, des ursprünglichen Fahrers des Lkws. Die Ermittlungen dauern dazu noch an. Die Spuren weisen darauf hin, dass es einen Kampf zwischen dem terroristischen Fahrer des Lastwagens und dem polnischen ursprünglichen Fahrer, ich sage jetzt einmal Beifahrer, gegeben hat. Ich kann diesen Ermittlungen noch nicht vorgreifen, aber die Spurenlage deutet darauf hin, dass es aufgrund dieses Kampfgeschehens sehr wahrscheinlich ist, dass der ursprüngliche polnische Lkw-Fahrer in das Geschehen eingegriffen hat. Der genaue Zeitablauf ist im Moment noch nicht feststellbar, deswegen will ich mich jetzt noch nicht zu früh festlegen, aber klar ist, dass wir in der Folge auch über einen entsprechenden Dank des Landes Berlin nachdenken. Das werden wir sicherlich in den nächsten Tagen und Wochen dann noch einmal konkretisieren. Ich habe ganz bewusst hier an dieser Stelle auch dem polnischen Fahrer des Lkw gedankt.

Dann gab es eine Frage zu dem Hackerangriff auf das BKA. Dazu habe ich für das Land Berlin keine genauen Erkenntnisse. Ich habe aber an der Sondersitzung des Innenausschusses des Bundestages teilgenommen. Dort hatten der Bundesinnenminister und der BKA-Chef einen solchen Hackerangriff bestätigt, ausgehend von einem russischen Server, ohne dass klar ist, wer jetzt dort diesen Hackerangriff tatsächlich gestartet hat. Über zwei Stunden hat dieser Hackerangriff gedauert. Das BKA hat aber deutlich erklärt, dass sie auch während der ganzen Dauer trotzdem in der Lage waren, die entsprechenden Hinweise aus der Bevölkerung entgegenzunehmen und die Sachlage zu bearbeiten.

Herr Lux hat nach der Sicherheit bei Veranstaltungen gefragt und dass wir es auch in Zukunft absichern. Das ist selbstverständlich so. Ich habe jetzt vorhin die Weihnachtsmärkte erwähnt. Wir hatten aber auch zwei Bundesliga-Spiele, wir haben heute das Weihnachtssingen bei Union und weitere Veranstaltungen auch im Jahr 2017. Es ist aber auch schon in den vergangenen Jahren sehr deutlich geworden, dass die Berliner Polizei doch mit sehr hoher Professionalität arbeitet und sehr gut in der Lage ist, diese Veranstaltungen wie auch größere Demonstrationseignisse in Berlin abzuschirmen. Natürlich werden wir noch einmal unser besonderes Augenmerk darauf legen, dass wir das auch in Zukunft so tun können. Ein weiterer Punkt, auf den ich aber persönlich – ich bin heute das erste Mal als Innensenator hier im Innenausschuss – Wert lege, ist, nicht nur repressiv vorzugehen, sondern auch deutlich einen Akzent auf die Prävention zu legen. Auch das ist mir ganz besonders wichtig. Deswegen behalten wir das natürlich im Auge.

Zu der Frage der Gefährdungsanalyse: Natürlich finden laufend Gefährdungsanalysen statt mit den entsprechenden Schlussfolgerungen. Wir hatten vorhin ausgeführt, dass seit November durch das BKA, durch die Sicherheitsbehörden Deutschlands, deutschlandweit eine abstrakte Gefährdungslage dargestellt worden ist, ohne dass es konkrete Hinweise auf konkrete Anschläge gegeben hat. Insofern waren die Sicherheitsbehörden schon in entsprechender

Wachsamkeit. Der Tathergang zeigt aber eindeutig, dass unsere offene Gesellschaft da verletzbar ist. Der Tathergang zeigt auch, dass es – ich sage es einmal vorsichtig – relativ einfach ist, solche Taten zu begehen, ohne dass ein großer Organisationsaufwand betrieben werden muss, ohne dass große organisatorische Zusammenhänge unter Einbeziehung vieler Menschen vorher organisiert werden müssen. Das macht es dann auch schwer, solche konkreten Ereignisse tatsächlich abwehren zu können. Wir haben jetzt in der Folge diese Betonpoller an den Eingängen der Weihnachtsmärkte aufgestellt und werden es auch bei der Silvesterfeier am Brandenburger Tor an der Straße des 17. Juni tun, um die Wiederholung Tatabläufe ausschließen zu können. Ich sage Ihnen aber trotzdem, dass es absolute Sicherheit nicht gibt und dass die Schlussfolgerungen, jetzt dauerhaft Betonpoller und Barrieren in der Stadt zu errichten, nach meiner Auffassung die falsche Antwort wären. Wissen Sie, Terroristen wollen bestimmen, was wir denken, was wir glauben, wollen bestimmen, wie wir leben. Ich glaube, die richtige Antwort auf eine solche Tat ist, eben nicht unseren Alltag zu verändern und uns nicht beeinflussen zu lassen, wie wir leben, wie wir glauben, wie wir denken, sondern Stärke zu zeigen und zu sagen, unsere demokratische Gesellschaft, unsere freie Gesellschaft, ist zwar verletzlich, aber wir halten diese Angriffe auch aus. Wir dürfen sie aber auch nicht widerstandslos hinnehmen. Wir müssen für unsere demokratische Gesellschaft eintreten. Aber unser Alltagsleben zu verändern und Berlin in eine Festung zu verwandeln, das hielte ich für die falsche Antwort an dieser Stelle, und deswegen sage ich auch ganz offen, dass ich stolz auf die Haltung der Berlinerinnen und Berliner bin, wie gegenwärtig mit dieser Situation in der Stadt umgegangen wird, mit Trauer, mit Betroffenheit, aber auch mit Trotz. Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt, Berlin ist getroffen, aber das Herz schlägt. Das ist die richtige Antwort. So sollten wir uns weiter verhalten. Gefährdungsanalysen finden statt. Wir sorgen für die Sicherheit in der Stadt. Aber absolute Sicherheit gibt es nicht. Wir sollten auch nicht suggerieren, dass wir das gewährleisten könnten.

Dann gab es noch die Frage nach israelischen Staatsbürgern. Unter den Verletzten befindet sich mit Sicherheit ein israelischer Staatsbürger. Es sieht auch so aus, als sei unter den Todesopfern eine israelische Staatsbürgerin. Ich muss aber sagen, dass das kein gezielter Angriff auf israelische Staatsbürger war, sondern mehr oder weniger ein bedauerlicher Zufall. Aber selbstverständlich sind israelische Einrichtungen in der Stadt unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen. Selbstverständlich haben wir ein Augenmerk darauf. Das trifft auch auf die Chanukka-Veranstaltung am 27. Dezember zu. Ich werde selbst an dieser Veranstaltung teilnehmen, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Natürlich wird die Sicherheitslage dort gewährleistet. Das gilt im Übrigen auch für die Veranstaltung, die heute zwischen 14.00 Uhr und 20.00 Uhr am Brandenburger Tor stattfindet, um dort auch ein Zeichen der demokratischen Gesellschaft in Berlin zu setzen. – So weit zu den Fragen, die ich beantworten konnte. Jetzt gebe ich an Staatssekretär Akmann weiter.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Senator! – Dann hat jetzt der Herr Staatssekretär das Wort!

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Herr Abgeordneter Dregger! Sie hatten noch die Frage gestellt, ob Herr Amri Mittäter hatte oder Einzeltäter war, Unterstützer hatte: Das können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Dass wissen wir einfach nicht. Ich denke, ich kann hier so viel sagen, dass es natürlich so ist, dass er Teil eines islamistischen Netzwerkes ist. Da komme ich ein Stück weit auch schon zu dem nächsten Thema, weil die Frage von verschiedenen Fraktionen gestellt wurde, was die Mo-

schee angeht, Fussilet 33 e. V. Da geht es letztlich um die Frage – das steht in Rede –, ob es ein Vereinsverbot gibt, ja oder nein. Dazu kennen Sie die Auffassung des früheren Innensenators. Letztlich geht es dabei aber darum, ob es sich hierbei um einen Ausländerverein handelt, der Verbotstatbestände nach Paragraf 14 Vereinsgesetz quasi erfüllt. Diese Verbotstatbestände sind dann erfüllt, wenn Ermittlungs- und Strafverfahren gegen bestimmte Personen, die dort tätig sind, in Rede stehen. Vor allem steht dann eben in Rede, ob es sich um eine terroristische Vereinigung im Ausland handelt, die durch diesen Verein quasi unterstützt wird. Der frühere Innensenator hat in diesem Kontext darauf abgestellt, dass noch fünf Strafverfahren laufen. Nach der Kenntnis, die ich heute habe, heute Morgen kam es gerade herein, pünktlich hier zum Innenausschuss, ist es so, dass inzwischen zwei von diesen fünf Strafverfahren abgeschlossen sind und es zwei Verurteilungen gibt, wobei ich momentan nicht weiß, ob diese bereits rechtskräftig sind. Ich habe aber heute Morgen – insoweit passten diese Fragen – das Haus gebeten, die Hausleitung entsprechend zu informieren, ob man hier jetzt kurzfristig auch tätig werden kann. Dabei möchte ich es erst einmal belassen. Die anderen Fragen müsste dann Herr Kandt übernehmen. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann bitte Herr Kandt!

Polizeipräsident Klaus Kandt: Ich sage hier noch einmal etwas zur Sicherheitslage: Es ist so, dass die Sicherheitslage seit langem unverändert ist. Das letzte Lagebild vom LKA ist vom 14. November dieses Jahres. Nach einer Rücksprache mit Herrn Münch vor zwei Tagen ist es so, dass sie sich im Grunde auch nicht verändert hat. Wir sprechen hier von einer hohen abstrakten Gefahr. Es ist also nicht die höchste Terrorwarnstufe, dann wäre es eine konkrete Gefahr. Konkrete Hinweise gibt es nun einmal nicht. Es ist eine abstrakte Gefahr, die natürlich nun in Kalkulationen auch berücksichtigt worden ist. Es ist so, dass wir auch schon unsere Maßnahmen im Laufe der Jahre etwas hochgefahren und angepasst haben. Es ist halt nicht möglich, alles zu vermeiden oder vorherzusehen. Dazu ist unsere Gesellschaft einfach zu verletzlich. Das muss man auch an der Stelle ganz klar sagen.

Wir haben jetzt die Weihnachtsmärkte abgepollert und werden auch bei der Silvesterparty entsprechende Vorrichtungen vornehmen, um eben zu verhindern, dass genau dieser gleiche Tatablauf noch einmal stattfindet. Auch wenn der Täter jetzt wahrscheinlich tot ist, muss man natürlich auch mit Nachahmungstätern rechnen. Das ist uns vollkommen bewusst. Da sind wir auch wachsam. Es ist aber so, dass wir nicht die ganze Stadt schützen können. Das ist überhaupt nicht leistbar. Wenn ich den Weihnachtsmarkt abpollere, schützt es nicht den Fußgängerweg davor, dass man dort auch mit einem Lkw entlangfährt und Menschen tötet. Da dürfen wir uns auch nicht einem Irrglauben hingeben. Wir sind hier ausgesprochen wach und haben auch eine ganze Reihe von Verdachtsfällen in den letzten Monaten und Jahren klären können. Ich glaube, einiges ist Ihnen auch durch öffentliche Durchsuchungsmaßnahmen von Moscheen usw. bekannt geworden. Wir haben zur Prävention eigentlich ein ausgezeichnetes Nachrichtennetzwerk auch mit dem GTAZ, wo wir auch sind und wo wir in der Vergangenheit immer sehr gute und wertige Hinweise bekommen haben. Wovor wir uns nicht schützen können, das sind radikalierte Einzeltäter, die ohne großen logistischen Aufwand diese Taten begehen. Das haben wir schon bei dem Attentat am Flughafen Frankfurt am Main gesehen, wo genau ein solcher Fall eingetreten ist. Also dürfen wir bei allem, was wir tun, niemals die Illusion haben, es gäbe eine 100-prozentige Sicherheit, oder wenn es tatsächlich einen An-

schlag gegeben hat, dass es ein zwingendes Versagen der Sicherheitsbehörden ist, weil es einfach nicht leistbar ist.

Zu den konkreten weiteren Maßnahmen ist es so, dass wir dieses erhöhte Sicherheitsniveau sicherlich bis ins neue Jahr fahren. Das ist klar. Das gilt für die Weihnachtsmärkte, das gilt auch für die Silvesterfeierlichkeiten. Dann wird man sicherlich zu einer gewissen Normalität zurückkommen müssen. Die Frage ist natürlich auch in der Vergangenheit, was wir denn tun. Wir haben eine ganze Reihe von Großveranstaltungen in der Stadt, ich denke nur an Lollapalooza, bei dem wir natürlich auch schon überlegt haben, wie es wäre, wenn hier die Lkw-Variante zum Zuge käme. Da kann man eben nicht nur Poller hinstellen, man kann auch Fahrzeuge hinstellen. Was wir immer versucht haben zu vermeiden, ist ein martialisches Aufrüsten der Polizei. Ich glaube, das hilft uns an der Stelle nicht weiter. Die Sicherheitsmaßnahmen sollten vielmehr wirksam, aber optisch eher dezent sein. Es gibt auch Großveranstaltungen, die nicht zu schützen sind, wenn Sie an den Boston-Marathon denken. Wir haben auch einen riesigen Marathon in der Stadt. Natürlich können wir die Zielzone stärker schützen, aber wir können nicht die gesamten 42 km schützen. Es ist völlig utopisch. Wir bleiben verletzlich. Das Bewusstsein muss man einfach an der Stelle haben. Sie können sicher sein, dass wir unsere Maßnahmen anpassen. Wenn einmal Standards wie mit den Pollern gesetzt sind, werden wir die auch im nächsten Jahr nicht mehr zurückfahren. Das ganz klar.

Zu den Einsatzabläufen vom Montag will ich noch Folgendes sagen: Es ist so, dass Sie natürlich in einem solchen Einschlagsfall schon so etwas wie eine Chaosphase haben. Es gibt viele Informationen, die laufen quer. Es sind viele Menschen beteiligt. Wir hatten einen ersten Täterhinweis, der sich nicht bestätigt hat, mit einer Fluchtrichtung, was dann auch zu einer Festnahme des Pakistanis führte, der sich einfach in einer auffälligen Situation befunden hat. Der Funkwagen hat das gesehen, hat ihn festgenommen. Er befand sich hier im Bereich der Siegessäule auf dem Mittelstreifen, auf der Straße des 17. Juni, fror, er hatte nur ein T-Shirt an. Es war auffällig. Deswegen haben ihn die Kollegen richtigerweise erst einmal vorläufig festgenommen. Es gab kurzzeitig noch eine zweite Festnahme, bei der sich aber sehr schnell herausgestellt hat, dass es nicht der Richtige ist. Wir haben natürlich nicht aufgehört, die normale polizeiliche Ermittlungsarbeit zu machen. Aber in der frühen Phase gab es eben keine weitere geeignete Täterbeschreibung, mit der man eine sinnvolle Fahndungsmaßnahme hätte auslösen können. Es war aber immer klar, dass es sich nur um einen Tatverdächtigen handelt; es muss nicht der Täter sein. Deshalb haben wir auch nichts anderes vernachlässigt, was man zu diesem Zeitpunkt hätte tun können.

Es wurde auch ein bisschen gefragt, warum das alles mit dem Lkw so lange gedauert hat usw. Ich kann Ihnen ganz klar sagen, dass es hier fachliche Qualitätsstandards gibt, wie lange kriminaltechnische Untersuchungen dauern. Die halten wir konsequent ein, weil es nicht nur darum geht, einen Täter festzunehmen, sondern wir hinterher auf den Tatlauf beweisen müssen. Dazu gehört eben auch, dass man nicht Spuren vernichtet, sondern dass man die Standards einhält, die dann auch vor Gericht die notwendige Beweiskraft entfalten. Zur Frage, ob es üblich ist, dass Attentäter ihre Tat gestehen, glaube ich, dass es dafür überhaupt keine Regel gibt. Es sind ganz individuelle Fälle. Die Frage war möglicherweise auch nur rhetorisch gestellt. Zu Herrn Bachmann, der diesen Tweet losgetreten hat, ist es so, dass er das zu einem Zeitpunkt getan hat, an dem wir noch den Pakistanen als Tatverdächtigen und gar keine Hinweis auf den Amri hatten, sodass von der Polizei diese Information nicht kommen kann. Er hat auch etwas später in einem Tweet zugegeben, den er schon wieder gelöscht hatte, dass es

wohl doch eher ein Luftballon war, den er da gestartet hat. Ich kann von den zeitlichen Abfolgen ausschließen, dass hier ein Hinweis von der Polizei kam, weil wir es nicht wussten oder es nicht vermutet haben. Das so weit. – Ich gebe einmal weiter an Herrn Steiof.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Polizeipräsident! – Dann hat der Leiter des Landeskriminalamts, Herr Steiof, das Wort!

Christian Steiof (Leiter LKA): Vielen Dank! – Es bleibt jetzt nicht mehr viel übrig. Wenn ich richtig mitgeschrieben habe, blieb die Frage nach der Medienveröffentlichung gestern Abend im RBB Fussilet Moschee offen. Definitiv ist nach Aussagen der Kollegen der Operativen bei mir, die Personenkenntnis in der Vergangenheit hatten, Herrn Amri entweder gesprochen oder observiert haben, die Person auf diesen veröffentlichten Bildern nicht Anis Amri.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Meinen Dank! – Wir kommen jetzt in die zweite Runde. Es haben sich Herr Schrader, Herr Dregger, Herr Zimmermann, Herr Luthe und noch einmal Herr Woldeit gemeldet. In diesem Sinne fangen wir mit Herrn Schrader an!

Niklas Schrader (LINKE): Auch von mir noch einmal vielen Dank für die umfassenden Informationen, die wir hier bekommen haben! – Ich habe noch einmal zwei Nachfragen: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, steht das Ermittlungsverfahren, das Sie gegen Unbekannt wegen der Weitergabe von Informationen eingeleitet haben, jetzt nicht im Zusammenhang mit dem Fall Bachmann, sondern anderen? – Dann habe ich das richtig verstanden. Eine andere Frage: Vielleicht können Sie noch einmal etwas dazu sagen, inwieweit der Verfassungsschutz den Herrn Amri oder seinen Kontext auf dem Schirm hatte. Sie haben gesagt, dass verschiedene Behörden ermittelt haben und dazu eine gewisse Einschätzung hatten. Inwieweit war das beim Berliner Verfassungsschutz so? Inwieweit hat man sich dazu auch schon im gemeinsamen Terrorabwehrzentrum ausgetauscht?

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann Herr Dregger!

Burkard Dregger (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich habe zwei Fragen. Die erste betrifft Ihre Ausführungen zum Thema Verbot dieser Moscheegemeinde. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist von Ihrem Amtsvorgänger zunächst Abstand genommen worden, weil es Ermittlungsverfahren gegen Angehörige dieses Moscheevereins gibt, so habe ich Sie jedenfalls verstanden. Habe ich Sie richtig verstanden? Entsprach das der Empfehlung der Experten aus Ihrem Haus, an den damaligen Innensenator? Ich möchte, damit Sie das bei der Beantwortung auch beachten können, darauf hinweisen, dass ich diesbezüglich plane, Akteneinsicht in Ihrem Haus zu beantragen. Die zweite Frage betrifft Ihre Aussage, dass wir alle weiterhin frei leben und unseren Lebensstil nicht verändern wollen, was wir alle ohne Zweifel unterstreichen werden. Dennoch meine ich, dass wir das nicht immer wie ein Mantra vor uns hertragen müssen und dann glauben, wir lebten auf der Insel der Glückseligen, an der wir nichts ändern müssen, weil wir ja frei leben und nichts ändern wollen. Wenn das so jedenfalls misszuverstehen wäre, dass wir aus solchen bitteren Erfahrungen nicht lernen wollen und keine Veränderungen herbeiführen wollen, dann würde ich Ihrer Aussage entgegentreten wollen. Deswegen bitte ich Sie, das noch einmal zu überprüfen. Vielleicht kommen wir doch in diesem Zusammenhang in eine kleine politische Diskussion jenseits der Fragen der Erkenntnisse der Ermittlungsbehörden. Da gibt es eine ganze Reihe Themen, was auch Schlussfolgerungen sind, die zu ziehen sind, oder ob wir uns unter dem Hinweis darauf, dass wir immer frei blei-

ben wollen, weiterhin in gleichem Maße den Gefährdungen aussetzen wollen. Ich meine, dass das nicht verantwortungsvoll ist. Das beziehe ich nicht nur auf die Frage, ob wir irgendwo irgendwelche Betonpoller aufstellen wollen, sondern beziehe es auch auf die Frage, ob wir unsere Sicherheitskräfte zu weiteren Befugnissen befähigen und gesetzlich ermächtigen wollen. Das Thema Videoaufnahmen, das Thema Verfassungsschutz, dazu hat Ihre Koalition eine sehr eindeutige, leider völlig fehlerhafte Haltung in ihrem Koalitionsvertrag eingenommen. Ich frage Sie, ob Sie im Anblick der Ereignisse bereit sind, diese zu überdenken, oder ob Sie daran festhalten wollen, wenn Sie alle Erkenntnisse ausgewertet haben am Ende dieses Verfahrens und sich in der Lage fühlen, politische Bewertungen vorzunehmen. Ich will das nur mit einem kleinen Hinweis abschließen. Die Tatsache, dass die Ermittlungsbehörden händerringend von allen beteiligten Bürgern und Geschäftsinhabern Videomaterial erbeten haben, natürlich in ihrem verständlichen Interesse, Erkenntnisse über die Identität und auch den Verbleib des Attentäters herzuziehen, zeigt offenbar, dass es Ermittlungsinstrumente gibt, über die die Polizei derzeit jedenfalls selbst nicht verfügt. Deswegen müssen wir uns ja die Frage stellen, ob wir sie nicht, wenn alle Erkenntnisse vorliegen, in Erwägung ziehen sollten. Das gilt auch für die Frage, ob wir den Verfassungsschutz langfristig abbauen wollen, wie es Ihr Koalitionsvertrag vorsieht, oder ob wir die Realitäten endlich zur Kenntnis nehmen und auf derartigen Unsinn verzichten, dass wir uns den Realitäten stellen und die richtigen politischen Schlussfolgerungen ziehen. Dazu hätte ich heute gern Ihr Statement. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön, Herr Zimmermann! Dann haben Sie das Wort.

Frank Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Zunächst einmal ist ganz wichtig, was Lux vorhin angedeutet hat, dass wir das auch noch einmal insgesamt bekräftigen, dass die Sicherheitsbehörden in Berlin den vollen Rückhalt des Parlaments haben für die Tätigkeit, die sie dort ausüben. Das kann man hier festhalten. Das Zweite, was ich sagen will, ist, dass wir, wie es der Senator auch betont hat, neben den repressiven Maßnahmen ein besonderes Schwergewicht auf die vorbeugende Verbrechensbekämpfung und Prävention legen müssen. Es müssen all die Punkte aufgenommen werden, die die Ermittlung von kriminellen Strukturen betreffen, das Ausermitteln von bestimmten Strukturen, um dort frühzeitig die Gefahren zu erkennen und gegebenenfalls auch zugreifen zu können. Wir wissen, dass umfangreiche Arbeiten geleistet werden. Das ist im Interesse der Abwehr von Gefahren, des Verhinderns von Anschlägen von herausragender Bedeutung. Gleichzeitig bleibt es bei der Aussage, die der Polizeipräsident gemacht hat, dass man ein letztes Restrisiko eben doch nicht ausschließen kann.

Zwei kurze Anmerkungen zu Ihnen, Herr Dregger: Wir waren uns einig, dass wir auf Basis einer fundierten Faktenlage auch Bewertungen und Schlussfolgerungen ziehen wollen. Es ist nicht so, dass wir uns, Herr Luthe, etwa zu viel Zeit nehmen, sondern man braucht eine vernünftige Basis. Dann werden wir all diese im Raum stehenden Fragen auch schnell besprochen. Zwei Punkte sind klarzustellen, Herr Dregger. Dass wir, wie Sie sagen, den Verfassungsschutz irgendwie abschaffen wollen – ich weiß nicht, woher Sie das haben –, ergibt sich nicht aus dem Koalitionsvertrag. Ich kann hier erklären, dass der Verfassungsschutz seine Kernaufgaben, die er hat, nämlich die Warnfunktion in Bezug auf extremistische Gefahren, gleich ob sie von rechts oder von links oder religiös motiviert sind, künftig auch vom Verfassungsschutz wahrgenommen werden werden und dass es dort keine Einbußen geben wird. Es wird angemessen reagiert werden. Alles andere ist Beiwerk. Es ist der Versuch einer Interpretation, aber die Fakten geben das nicht her.

Ein zweites Thema – ganz kurz – weil das als eine Halbwahrheit, eine Fehlinformation, herumgeistert, als würde Berlin nicht abschieben. Wir haben hier bewusst die Debatte ausländerrechtlicher Maßnahmen ausgespart, weil Berlin hier in diesem Fall nicht zuständig war und ist. Ich will nur by the way feststellen, falls das irgendwie weiter herumgeistert, dass wir hier nicht etwa einen Abschiebestopp oder Ähnliches haben, sondern ganz im Gegenteil, Bundesrecht angewendet wird. Das, was im Aufenthaltsrecht an Maßnahmen vorgesehen ist, wenn eine Pflicht zur Ausweisung besteht, wird selbstständig in der Ressortverantwortung des Innensenators ausgeübt, und zwar uneingeschränkt. Es gibt keine Einschränkungen in der Anwendung des Bundesrechts. Das Bundesrecht erlaubt aber, wie Sie wissen, im Aufenthaltsrecht sehr viele Rückführungsmaßnahmen, die vorher versucht werden können. Das ist alles im Einklang mit dem Bundesrecht. Insofern erfolgt auch da eine Klarstellung, damit es sich nicht weiter verfestigt. Es werden auch solche Maßnahmen, wenn sie nötig sind, vorgenommen. Hier in diesem Fall ist es nur anlässlich. In diesem Fall ist Berlin dort offensichtlich nicht zuständig. – Danke schön!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Zimmermann! – Herr Luthe, bitte!

Marcel Luthe (FDP): Vielen Dank! – Ich möchte zunächst noch einmal zurückkommen auf den vorhin angesprochenen Schutz jüdischer Einrichtungen. Die Frage wurde nach meiner Überzeugung nicht hinreichend beantwortet. Ist dabei irgendetwas passiert? Das haben Sie

auch nur auf Chanukka bezogen. Tatsächlich ist mein Kenntnisstand aus der Jüdischen Gemeinde, dass ein halbes Jahr nichts passiert ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Widerspruch auflösten.

Zur Frage der besonnenen Reaktion, die Herr Zimmermann gerade angesprochen hat, der Prüfung der bisherigen Faktenlage und einer Reaktion darauf: Nach meinem Stand ist es etwa drei Jahre her, dass erstmalig im Internet für die Möglichkeit von Anschlägen mit Pkw und Lkw geworben wurde, genau wie von Messerattentaten und insgesamt Anschlägen mit Alltagsgegenständen. Insofern halte ich es doch für wünschenswert, dass wir uns bei solchen Fragen nicht auf Reaktionen beschränken, sondern zu Aktionen übergehen. Niemand will irgendwo zwei mal zwei Meter große Hinkelsteine aufstellen. Die Kernfrage sollte doch die sein, warum wir nicht in der Lage sind, Boulevards und Plätze so zu sichern wie beispielsweise dieses Haus hier gesichert ist oder wie auch der Reichstag entsprechend mit in den Boden eingelassenen Metallpfählen, die entsprechend verankert sind und die einen wirksamen Schutz böten. – Das wäre es schon. Danke!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Herr Woldeit, bitte, Sie haben das Wort!

Karsten Woldeit (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! – Zunächst einmal wehre ich mich ein Stück weit gegen die Relativierung, wir müssten uns den Umständen anpassen und Terrorgefahr einfach ein Stück weit akzeptieren. Ich bin dabei viel näher an den Aussagen des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt aus den siebziger Jahren: Wir müssen Terror massiv bekämpfen. Das kurz vorab. – [Canan Bayram (GRÜNE): Hat der jetzt etwas dazu gesagt?] – Der Senator hatte vorhin gerade im Rahmen der polizeilichen Maßnahmen von Nachhaltigkeit und auch von Dienstzeitbelastungen gesprochen. Ich möchte dort an die Worte meines Kollegen Dregger anknüpfen, inwieweit es anhand der jetzigen neuen Umstände und der jetzt leider Gottes eingetretenen Terrorsituation Bestrebungen gibt, den Koalitionsvertrag im Rahmen der Sicherheitspolitik anzupassen. Wir haben auf Seite 194 das erste Mal den Bereich Innere Sicherheit erwähnt. Wir haben dort gerade einmal 1 000 zusätzliche Polizeikräfte erwähnt, was nichts anderes wäre als ein Ausgleich des Defizits der normalen Fluktuation. Wenn die Polizei gezwungen ist aufzurufen, die Bevölkerung zu bitten, um Hilfsmaterial zur Verfügung zu stellen, um weitere Ermittlungsergebnisse zu erreichen – da bin ich ganz bei Herrn Dregger –, darf man sich in der Tat die Frage stellen, ob hier nicht Videoüberwachung das bessere Mittel ist, anstatt sich im Nachgang an die Bevölkerung zu wenden.

Noch eine kurze Einwendung an den Kollegen Zimmermann: Dass das Land Berlin die Abschiebungssituation weiter an Bundesgesetzmäßigkeiten anknüpft, werden wir ganz genau im Auge behalten. Wir haben eine parlamentarische Anfrage zu den Zahlen gestellt. Zum Stichtag 30. November letzten Jahres wurden von 15 000 Abschiebepflichtigen gerade einmal 1 748 Menschen zurückgeführt. Das halten wir im Auge. Aber ich komme noch einmal zurück zur Frage: Inwieweit ist angedacht, den Koalitionsvertrag nun anzupassen? – Danke!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Lenz das Wort! – [Zuruf] – Aber den Koalitionsvertrag haben Parteien abgeschlossen, nicht der Senat!

Stephan Lenz (CDU): Ich hätte vorab, – ich werde auch noch etwas sagen zu der grundsätzlichen Debatte, die jetzt aufkommt, es ist unsere Aufgabe, eine solche zu führen – zu den

Sachverhaltsdingen einige Fragen. Zum einen habe ich den Zusammenhang mit dem verspäteten Auffinden des Portemonnaies und der darin befindlichen Unterlagen noch nicht genau verstanden. Ich habe ganz großes Verständnis für Standards und weiß auch, dass man so arbeiten muss, dass es am Ende rechtssicher ist, aber ich habe noch nicht genau verstanden, warum es erst so spät zu diesem Auffinden kam. Es gab in dem Fahrzeug einen Leichnam, der geborgen werden musste. Vielleicht können Sie einfach etwas dazu sagen. Vielleicht erklärt sich das einfach durch den Fundort des Portemonnaies und der Dokumente.

Zum zweiten würde ich gern noch eine Frage stellen im Hinblick auf die Tatsache - - Ich habe es so verstanden, dass der Tote bis heute als Gefährder eingestuft war. Das haben Sie so gesagt, Herr Staatssekretär. Er ist im Zuständigkeitsbereich Nordrhein-Westfalen im Abschiebegewahrsam festgehalten worden. – [Staatssekretär Torsten Akmann: Falsch!] – Ist das falsch? Das würde ich gern einfach noch einmal besser verstehen. Wenn er nach Erkenntnis festgehalten worden war, stellt sich die Frage, warum es keine Möglichkeit gibt, ihn dann weiter im Gewahrsam zu halten. Wenn es sie nicht gibt, weil die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist es für uns ein Indiz dafür, dass wir vielleicht darauf hinwirken müssen, diese Voraussetzungen zu schaffen.

Zu den Fragen der Moschee müssen wir erst einmal abwarten. Da würde ich im Verfassungsschutz-Ausschuss dann zum gegebenen Zeitpunkt vielleicht mit Abstand um ausführliche Informationen bitten. Das müssen wir heute nicht klären.

Meine letzte Debatte: Vielleicht fange ich einmal mit dem an, was ich mir von dem Kollegen Lux notiert habe, der gesagt hat, dass wir nichts ändern müssen, wir müssen einfach einmal den Vollzug in Gang bringen. Der neue Senat sieht eher ein Vollzugsdefizit und kein Befugnisdefizit. Da bin ich einmal gespannt. Wenn ich jetzt das lese, was Sie im Koalitionsantrag aufgeschrieben haben, ist es in der Tat so, dass wir auch in Sachen Vollzug – jetzt fasse ich einmal den Kräfteansatz mit ein – eigentlich nicht eine Stelle über das hinaus sehen, was eine beschlossene Sache ist. Wir sehen eine Prioritätenverlagerung zuungunsten der inneren Sicherheit. Sie haben das alles sehr ausführlich aufgeschrieben, was Sie machen wollen. Dabei sehen wir schon einmal, dass die innere Sicherheit nicht so die große Rolle spielt. Es ist in der Tat interessant, ob Sie das jetzt anpassen wollen. Die Gefährdungslage hat sich nicht verändert. Wir haben nur gesagt, wir rechnen damit, dass sich das irgendwann einmal konkretisiert. Jetzt hat es sich konkretisiert. Vielleicht führt das auf Seiten des Senats zu einem Erkenntnisgewinn. Es wäre interessant, an der Stelle einmal etwas zu hören. Bislang ist das nichts als eine Phrase, dass Sie im Vollzug etwas machen wollen. Wir sind gespannt. Wir sind auch explizit nicht der Meinung, dass es ausreichen würde – das ist hier gefallen –. Die Meinung der Union zum Thema Video ist hinreichend bekannt. Hier wird immer versucht zu sagen, es hätte nichts verändert. Videoüberwachung hat immer zwei Seiten – das bestreiten wir auch nicht –, eine präventive Komponente und eine repressive Komponente. Wir reden hier nur über den repressiven Teil. Aber es ist ganz wesentlich. Waren hier Überwachungsbilder vorhanden gewesen, wäre es hier auch von Vorteil gewesen.

Zum Thema Verfassungsschutz: Auch da möchte ich noch einmal auf die Koalitionsvereinbarung hinweisen, weil jetzt hier erzählt wird – Herr Zimmermann, es tut mir leid, ich glaube Ihnen total, dass Sie kein Interesse daran haben, den Verfassungsschutz zu schwächen, aber ich glaube Ihnen – [Abg. Lenz (CDU) zeigt mit ausholender Bewegung in Richtung der Regierungsfraktionen.] – das nicht. – [Frank Zimmermann (SPD): Werden wir sehen!] – Dafür

sind wir zu lange zusammen. Was soll ich machen? Jetzt kann ich sagen, ich drücke der SPD die Daumen. Durchgedrungen bin ich aber noch nicht vollständig, weil in Ihrer Koalitionsvereinbarung nichts Gutes für den Verfassungsschutz steht.

Ob das eine Bestandsgarantie ist, werden wir sehen. Ich drücke euch die Daumen, ich höre hier nur seit – wie vielen? – Jahren von der Seite, dass der Verfassungsschutz abgeschafft werden muss. Nach einer gewissen Klärungsphase ist das, so meine ich, auch die aktuelle Meinung der Grünen – Herr Lux? Sie schwankt immer, aber es war mein letzter Stand, dass der Verfassungsschutz abgeschafft werden soll. Ich bin gespannt, was passiert. Es steht nichts Gutes für den Verfassungsschutz darin. Es ist einfach so, dass nicht damit zu rechnen ist, dass die Arbeit verbessert wird. Genau das Gegenteil müssten wir machen. Wir haben eine Stellenaufstockung erreicht, als wir noch koaliert haben. Es waren 45 neue Stellen. Wir werden abfragen, was die Besetzung der Stellen macht. Sie sollten überwiegend in den Bereich Islamismusbekämpfung kommen. Wir werden das genau betrachten. Es ist uns wichtig. Dafür haben wir lange gekämpft. Mein Eindruck, meine Befürchtung ist, dass die Interessen hier anders sind. Jetzt gehe ich aber erst einmal vom Besten aus. Wenn der Kollege Lux von den Grünen sagt, dass Vollzug ein Schwerpunkt ist, dann arbeiten Sie einmal das ab, was wir erreicht haben. Wir werden es ganz genau betrachten, ob es zur Besetzung dieser Stellen kommt. Dass wir sie brauchen, brauchen wir auch nicht mehr zu diskutieren.

Jetzt möchte ich noch einmal ein paar Bemerkungen ganz grundsätzlicher Art loswerden, vorab, es haben alle gesagt: Ich habe großen Respekt vor der Reaktion der Berliner und bin auch ein bisschen stolz auf unsere Stadt, dass wir die Lage jetzt hier relativ gefasst bewältigen. Es gibt keine Panik, Angst gibt es schon, aber keine Panik. Das ist auch gut. Davor habe ich großen Respekt. Wir müssen darauf achten, dass es so bleibt. Wir haben auch die Verantwortung, hier keine Panik zu schüren. Es ist aber schon so, dass wir verpflichtet sind, Schlussfolgerungen zu ziehen. Es ist nicht so, dass sich nichts verändert hätte. Das stimmt einfach nicht. Alle Debatten sind Abwägungsdebatten. Wenn wir unsere offene Gesellschaft, unsere Freiheit verteidigen wollen, darin sind wir uns einig, müssen wir erkennen, dass es ohne weitere Einschränkungen nicht gehen wird. Mir ist die Abwägung immer klar. Videoüberwachung ist natürlich eine Einschränkung von Freiheitsrechten. Wir werden sie zur Verteidigung der Freiheit brauchen. Nehmen wir einmal das große Thema Vorratsdatenspeicherung. Natürlich ist es ein Eingriff in unsere Privatsphäre, aber wir werden ihn brauchen. Es ist jetzt auch Zeit, das zu erkennen und sich ehrlich zu machen. Das ist mein Appell. Ansonsten bin ich sehr gespannt. Ich werde das alles beobachten und hoffe auf einen Erkenntnisgewinn und einen Einstellungswandel in der Koalition – mal sehen.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lenz! – Dann hat Herr Albers das Wort, bitte!

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Vielen Dank! – Herr Dregger, Sie hatten in Ihrem ersten Beitrag gesagt, dass die Auswertung erfolgt, wenn wir eine fundierte Kenntnis über die Abläufe haben. Da war ich ganz bei Ihnen. Dann sind Sie in Ihrem zweiten Beitrag wieder in den üblichen Reflex verfallen, nun schon vermeintliche Schlussfolgerung zu ziehen aus Erkenntnissen, die wir noch gar nicht haben, so wie Sie es in Ihrem ersten Beitrag dargestellt haben. Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie in dieser Stadt fünf Jahre den Innensenator gestellt haben. Haben Sie das schon vergessen? Erinnern Sie sich noch an den Namen? – [Dr. Robbin Juhnke (CDU): Noch!] – [Burkard Dregger (CDU): Noch. Die Betonung liegt auf „noch“!] –

Zweitens haben wir einen existierenden Verfassungsschutz. Rot-Rot-Grün hat dort zurzeit noch keine Veränderung vorgenommen. Der Anschlag, Herr Lenz, ist trotzdem passiert. Bringen Sie also nicht Dinge zusammen, die zunächst einmal nicht zusammengehören. Die Schimäre von der Videoüberwachung und dem Aufruf: Auch wenn es eine Videoüberwachung gegeben hätte, wäre natürlich und selbstverständlich der Aufruf erfolgt, zusätzliches Bildmaterial zur Verfügung zu stellen. Sie haben doch – das wissen Sie doch alle – bei der Videoüberwachung einen starren Bildausschnitt, der Ihnen im Grunde genommen nicht viel weiterhilft. Sie haben völlig recht, das hat einen repressiven Charakter. Es hat sich auch gerade gezeigt, dass das auch nutzbar ist. Aber dass Sie das in einen Zusammenhang bringen mit dem Verhindern solcher Anschläge wie jetzt, ist einfach völliger Unsinn. Das wissen Sie auch selbst. Das ist ein Aktionismus, der uns nicht hilft und der im Grunde genommen auch nicht wirklich ein Beitrag dazu ist, sachlich entsprechende Schlussfolgerungen aus dem zu ziehen, was gerade passiert ist. Wir sollten die Diskussion dann führen, wenn wir tatsächlich alle Erkenntnisse haben. Dann können wir auch über jeden der Punkte, Herr Dregger, die Sie genannt haben, gern aus der Erkenntnis des ganz konkreten Sachverhalts noch einmal kritisch diskutieren, aber wirklich erst dann. Vorher ergibt es keinen Sinn.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Albers! – Dann hat jetzt Herr Lux das Wort!

Benedikt Lux (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Man muss eine politische Debatte führen, auch wenn es jetzt momentan erst einmal um die Priorität geht, das Umfeld des erschossenen Tatverdächtigen zu beleuchten, über mögliche Helfer oder seine Netzwerke zu beleuchten und Sachen festzustellen. Trotzdem muss man die politische Debatte andeuten. Wir wollen uns der auch stellen. Gleichwohl, damit beginne ich die auch, gilt mein Dank anders als zuvor dem Bundesinnenminister de Maizière. Herr Geisel und ich waren bei der Bundestagsinnerausschusssitzung. Er hat sich auch verbeten, zum jetzigen Zeitpunkt irgendwelche politischen Forderungen zu stellen. Mein Eindruck ist, es gibt vor allen Dingen gerade einen Rumor in der CDU/CSU, Horst Seehofer, der sagt, man hinterfrage die ganze Flüchtlingspolitik gleich am nächsten Tag des Anschlags. Die Bandbreite, die es gibt, hat Herr Dregger gerade mit seinem ersten und seinem zweiten Beitrag wiedergegeben, von besonnenem Abwarten bis zur Rede von Kriegszustand, wie es ein CDU-Innenminister tut. Ich kann nur dazu raten, die Arbeit der Sicherheitsbehörden, das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden nicht ständig dadurch zu unterminieren, dass Sie hier darstellen, welche Befugnisse die Sicherheitsbehörden eigentlich haben und damit auch Misstrauen in der Bevölkerung wecken, so nach dem Motto, hier ist ein Defizit längst nicht aufgearbeitet und längst nicht durchgesetzt worden. Zur Erinnerung: Sie stellen seit Jahrzehnten die Innenminister und haben eine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag gehabt. Sie haben all diese Maßnahmen, all diese Forderungen, nach denen Sie hier rufen, nicht durchsetzen können und nicht getan, aus meiner Sicht auch zu Recht, weil sie untauglich gewesen wären.

Jetzt bringen Sie das wieder auf das Tapet. Dann passieren weiterhin schreckliche Sachen, obwohl Sie die ganze Zeit irgendwelche Forderungen aus der Mottenkiste holen. Ich glaube, es ist richtig, dass sich die Sicherheitsbehörden und diese Koalition nicht von dem treiben lassen, was Sie weiter an Unsicherheit in der Bevölkerung verbreiten wollen. Es ist richtig, sich darauf zu konzentrieren, dass die Sicherheitsbehörden gut ausgestattet sind. Das betrifft in erster Linie den Polizeivollzug und die Personalstärke. Es steht sehr wohl etwas dazu darin,

dass wir die Ausbildungskapazitäten der Berliner Polizei auf hohem Anschlag weiterfahren wollen, dass wir sehr viele neue Polizistinnen und Polizisten genau wie auch Rettungskräfte einstellen werden. Das wird die Zeit zeigen. – [Dr. Wolfgang Albers (LINKE): 157!] – Ich hoffe auf Ihre Unterstützung, denn Sie haben es nicht geschafft. Mir ist auch nicht bekannt, dass es Ihr Senat geschafft hat, als die Gefährderzahl so massiv in die Höhe geschossen ist und klar war, dass man 30 Beamte eines MEK braucht, um einen Gefährder zu überwachen, dass Sie das MEK oder das SEK überhaupt auch nur erhöht haben. Das war überhaupt nicht der Fall. Sie haben ein paar Personalstellen bei der Polizei aufgewuchtet. Nach fünf Jahren hatten wir eine kleine Hand voll tatsächliche Polizisten mehr. Das ist Ihre Bilanz. Sie haben bei den Spezialeinsatzkräften nichts gemacht, Sie haben bei den mobilen Einsatzkräften nichts gemacht, Sie haben die Observationstrupps nicht erhöht. Dafür hätte es gezielt Maßnahmen gebraucht, aber es war bei Ihnen nichts los. Das gilt auch für ein Moscheeverbot oder das Durchleuchten eines bestimmten Gefährderkreises innerhalb von Moscheen. Da ist überhaupt nichts gelaufen. Da kann man sich wirklich freuen, dass wir jetzt einen Innensenator haben, der sich in kürzester Zeit schnell eingearbeitet hat, die Fachbegriffe jetzt schon besser versteht als der vorherige Innensenator, an dessen Namen ich mich noch sehr gut erinnere, und dass Ihre Inkompetenz ein für alle Mal für sehr lange Zeit abgewählt worden ist. Man kann nur hoffen, dass die Berlinerinnen und Berliner ein genauso gutes Gedächtnis haben wie Teile der jetzigen Regierungsfraktion.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Herr Vallendar, Sie haben jetzt das Wort!

Marc Vallendar (AfD): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrter Innensenator Geisel! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind immer noch in der Lage. Wir wissen, dass natürlich dieser Fall jetzt noch nicht endgültig aufgeklärt ist. Dennoch möchte ich insofern widersprechen, dass wir die Gesamtsituation der Terrorlage in Deutschland noch nicht abschätzen können und wir davon nichts gewusst haben. Wir sind im Fokus des IS. Das muss man einfach so sagen. Vor einem Jahr hat der IS selbst angekündigt, dass er auch seine Kämpfer über die Flüchtlingsrouten schicken will. Jetzt merken wir leider auf traurige Art und Weise, dass diese Drohung wahrgemacht wurde. Wir müssen auch sagen, dass dieser Vorfall nicht der einzige Vorfall in Deutschland ist, der hier stattgefunden hat. Es gab den Bombenbauer in Chemnitz, der noch rechtzeitig aufgehalten wurde. Es gab gestern wieder einen versuchten Anschlag in Oberhausen, der von unseren Sicherheitskräften verhindert werden konnte. Es gab den versuchten Nagelbombenanschlag eines Zwölfjährigen in Ludwigshafen. Es gab Würzburg, und es gab Ansbach. Die Zahl der Vorfälle hat sich in diesem Jahr massiv gehäuft. Das müssen wir erst einmal feststellen, wenn wir bei der Lagebewertung sind.

Mir stellt sich natürlich die Frage, welche Maßnahmen der Berliner Senat oder die Bundespolitik auch in den nächsten Wochen und Monaten ergreifen wird, um die deutsche Bevölkerung zu beschützen. Ich habe insofern folgende Fragen: Eine Frage richtet sich noch an den Innensenator Geisel. Sie haben im Moment die Weihnachtsmärkte und die Silvesterfeier genannt, dass dort der Fokus darauf liegt als weiche Ziele, bei denen überprüft wird, welche Maßnahmen ergriffen werden können. Wie sieht es aus bei den christlichen Kirchen zu Heiligabend und am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertag, und wie sieht es natürlich auch bei den Synagogen aus? Das sind auch Anschlagsziele. Wir kennen alle noch den Anschlag zwölf Tage nach Nizza in Rouen in Frankreich, wo ein Priester auf bestialische Art und Weise ermordet wurde. Ist vorgesehen, Polizeibeamte vor den christlichen Kirchen in Berlin aufzustellen? Die

nächste Frage bezieht sich auf die Poller. Nizza war der erste Anschlag dieser Art mit einem Lkw. Danach war eigentlich den Sicherheitskreisen europaweit bewusst, dass es solche Poller geben kann. In der „FAZ“ vom 21. Dezember wird auch erwähnt, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Verwundbarkeit der Flaniermeilen gekannt hatte. Es wird aber darauf abgestellt, dass eben solche Vorschläge wegen der möglichen Kosten abgewiesen wurden. Ist das korrekt? Warum werden jetzt erst Poller aufgestellt? Die letzte Frage bezieht sich mehr auf die Sicherheitssituation hier in Berlin. Wie viele Gefährder sind aktuell in Berlin anwesend und werden überwacht? Wie ist die Situation bei den Gefährdern? Ist festzustellen, dass nach dem Terroranschlag eine erhöhte Aktivität stattfindet, Stichwort Nachahmer? – Das sind meine drei Fragen. Das wäre es. – Danke!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Dann hat Herr Wansner jetzt das Wort!

Kurt Wansner (CDU): Herr Lux! Wir waren uns zum Anfang dieser Sitzung alle einig, dass wir hier heute gemeinsam aus Respekt vor den Menschen, die verstorben sind, die ermordet wurden, eine Diskussion führen und uns nicht gegenseitig Vorwürfe machen. Es ist wieder in Ihrem Ermessen gewesen, sich aus diesem Anstand zu entfernen. Ich könnte Ihnen sehr gern einmal die Redebeiträge der letzten fünf Jahre von Ihnen vorführen, welche Unterschiede Sie gerade zur Polizei geführt haben, welche Verdächtigungen Sie gegen Polizeibeamte hier geführt haben. – [Zurufe von den Grünen] – Ich würde wirklich raten, Sie sollten dort sehr, sehr still sein. Zu den Anträgen eben zu Pollern: Man kann über Poller in dieser Stadt reden. Wir können eine Pollerstadt errichten. Das können wir ohne weiteres machen. Dazu können wir noch eine lange Diskussion führen. Wir werden dann immer noch erleben, dass es Bereiche gibt, die eben nicht mit Pollern gesichert sind und die dann auch wieder zu Anschlägen führen. Sie sollten nicht so tun, als ob Poller das Allheilmittel in dieser Stadt sind. Ich möchte nicht in einer Stadt leben, wo ich mich an jeder Bushaltestelle, in jedem Bereich, in dem ich mich aufhalte, mit Pollern umgeben muss.

Vielleicht können Sie zur CSU ein bisschen vorsichtiger sein. Herr Seehofer musste erleben, wie es in seinem Bundesland in den letzten Monaten enorm viele Anschläge gab und mit welcher Furchtbarkeit das dort insgesamt geführt wurde. Deshalb bitte ich um ein bisschen Vorsicht und Respekt vor den Forderungen anderer politischer Parteien. Meine Bitte richtet sich auch noch einmal an den Innensenator: Wir erleben, dass bei allen Anschlägen, die wir hatten, mehr oder weniger die Herkunft der Täter verschleiert wurde. Gleichzeitig haben wir auch wieder erlebt, dass die Identitätsüberprüfungen oder die Identität von vielen mehrmals vorhanden war. Sie hatten also drei, vier, fünf, sechs Identitäten. Wie werden wir mit denen umgehen? Davon haben wir in dieser Stadt auch 1 000 bis 10 000. Es ist fast unzählbar, wie viele wir haben. Werden Sie diese Kreise noch einmal gesondert überprüfen? Werden Sie noch einmal versuchen, wirklich festzustellen, wer hier in dieser Stadt Asyl beantragt hat oder wer es möglicherweise nicht beantragt hat? Wir erleben zwischenzeitlich auch vor Gericht, dass viele so tun, als kämen sie aus Syrien, haben aber noch nie in Syrien gelebt oder es gesehen. Hier gibt es einen massiven Missbrauch, auch einen massiven Sicherheitsmissbrauch in diesen Schienen. Deshalb stelle ich zum Schluss noch einmal meine Frage: Werden Sie diese Kreise noch einmal besonders überprüfen, wenn Sie sehen, welche Menschen wir überhaupt in dieser Stadt haben und welchen Menschen wir Schutz bieten? Wie gehen wir mit denen um, die diesen Schutz massiv in dieser Stadt oder in diesem Land missbrauchen?

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Wansner! – Jetzt hat Herr Krestel das Wort!

Holger Krestel (FDP): Zu den letzten zwei, drei Sätzen kann ich mit meiner Frage gewissermaßen anschließen. Mir hatte hier nämlich vorhin die Antwort zu dem Moscheeverein nicht gereicht. Man will da weiter beobachten. Wenn der vermutliche Täter an dem Morgen nach der Tat dort gesehen oder gefilmt wurde, wird das wohl nicht unbedingt Zufall gewesen sein. Gibt es vielleicht Erkenntnisse, ob der Mann dort übernachtet oder eine Erstversorgung erfahren hat? Was zieht denn den Mann eigentlich dorthin? Welche Maßnahmen gibt es, um den Ermittlungsdruck auf diese islamistischen Strukturen zu erhöhen?

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Krestel! – Dann hat noch einmal Herr Lenz um das Wort gebeten!

Stephan Lenz (CDU): Nur ganz kurz, weil wir noch auf die Beantwortung von Fragen warten. Ich wollte das nicht so stehen lassen, Herr Lux, weil es einfach nicht stimmt. Das ist das Problem, wenn man Dinge schwarz auf weiß aufgeschrieben hat. Ich habe das eben nachgelesen. Auf Seite 138 Ihrer Koalitionsvereinbarung stellen Sie explizit fest, dass es keine neuen Stellen geben wird, sondern dass es nur um die Besetzung unbesetzter Stellen geht. – [Hakan Taş (LINKE): Das sind ja schon mal 1 000 unbesetzte Stellen!] – Soll ich es vorlesen? Das steht darin, stimmt aber nicht. Wir werden später darauf zurückkommen. Das ist eine Arbeitsgrundlage. Daran müssen Sie sich messen lassen. Zum Thema Verfassungsschutz, weil Sie sagten, es stünde nichts im Raum, was die Arbeit des Verfassungsschutzes gefährden würde, steht explizit: – [Canan Bayram (GRÜNE): Das ist eine Sondersitzung!] – Dann behaupten Sie nicht solche Sachen! Es ist ganz interessant. Darauf haben die Berliner auch ein Recht. – [Hakan Taş (LINKE): Sie tun so, als ob Sie in den letzten fünf Jahren nicht an der Regierung gewesen wären!] –

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Bitte! Jetzt hat Herr Lenz das Wort. Sie können sich gern zu Wort melden, Herr Taş! – [Kurt Wansner (CDU): Herr Taş, Sie müssen es schon mal ertragen, dass es andere Meinungen gibt! – Zuruf von der CDU: Sie wollen ja abschaffen, dass es andere Meinungen gibt!] –

Stephan Lenz (CDU): Jetzt sagen Sie, man soll sich um den Verfassungsschutz keine Sorgen machen. Man muss sich Sorgen machen, denn Sie haben es hier aufgeschrieben: Der Einsatz von V-Leuten wird nur noch in begründeten Ausnahmefällen zugelassen. Die Arbeit des Verfassungsschutzes wird eingeengt, und die Ressourcen werden angepasst an die eingeengte Tätigkeit. Das steht explizit so in Ihrem Koalitionsvertrag. Da steht im Übrigen nicht einmal der Phänomenbereich Ausländerkriminalität/Islamismus drin. Es geht nur um Rechtsextremismus. Das ist die neue Prioritätensetzung, und das muss man den Leuten jetzt klarmachen vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse. – [Canan Bayram (GRÜNE): Was hat das mit der Tagesordnung heute zu tun?] – Das hat sehr viel mit der Tagesordnung zu tun, weil Sie eben davon gesprochen haben, Sie wollten den Vollzug der Sicherheitsbehörden stärken. Und das Gegenteil steht in Ihrem Vertrag. – [Benedikt Lux (GRÜNE): Wir können besser lesen als Sie!] – Das ist schlichtweg nicht wahr, Herr Lux! Dann sagen Sie es hier nicht! Es steht hier, es kann jeder nachlesen. Ich will es dabei bewenden lassen. Wen es interessiert: Es steht auf Seite 143 des Koalitionsvertrags. Die Sache mit den Stellen steht auf Seite 138. Vielleicht findet die Presse Gelegenheit, einmal nachzulesen und Sie dann auch zu messen an dem, was Sie hier sagen, und dem, was Sie dann vereinbaren. – Das war's, danke!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank, Herr Lenz! – Ich möchte nur noch eine Bemerkung machen zum Zwischenruf von Herrn Taş. Lesen Sie bitte die Drucksache des Abgeordneten Peter Trapp 17/18236. Summe Vollzug: 16 416 Stellen und 16 518 Mitarbeiter im Vollzeitäquivalent. Da sind nicht 1 000 unbesetzte Stellen. – Ich habe nur Ihren Zwischenruf kommentiert. – Jetzt hat sich Herr Albers noch zu Wort gemeldet.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Ja, Herr Trapp, dann möchte ich Sie an die Drucksache 17/18499 erinnern. Danach hatten wir 2011 20 911 Vollzeitäquivalente und nach fünf Jahren rot-schwarzer Koalition waren es dann 21 168. Das ist ein Plus von 157 Vollzeitäquivalenten bei der Polizei.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Ich gehe jetzt auf die Redeliste. Ich würde gern von Ihnen wissen, ob Sie vom Vollzug sprechen oder von den Gesamtmitarbeitern. Gesamtmitarbeiter ist etwas anderes als 1 000 freie Vollzugsstellen. Den Vollzug habe ich Ihnen gerade vorgelesen. Sie können es gern in meiner Drucksache nachlesen.

Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Ich wollte Sie auch nur daran erinnern, dass wir nach fünf Jahren bei der Polizei insgesamt 157 Vollzeitäquivalente mehr haben.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Jetzt hat der Herr Senator das Wort.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, Debatten zu bewerten. Aber ich frage mich, ob das der Zeitpunkt für solche Debatten ist. – [Beifall links] – Wir sind alle gut beraten, möglichst klugen und kühlen Kopf zu bewahren in den Diskussionen, die uns noch bevorstehen. Das heißt nicht, dass wir nicht eine politische Debatte führen müssen. Ich glaube, diese politische Debatte ist, wenn die Faktenlage geklärt ist, im Frühjahr 2017 angemessen. Sie wird dann auch mit der entsprechenden Intensität geführt werden. Ich werde mich auch daran beteiligen. Nur im Moment, glaube ich, ist der Zeitpunkt des Anschlags noch etwas zu frisch. Wir sind mitten in einer operativen Maßnahme und halten uns deshalb zurück.

Aber auf die Frage von Herrn Dregger, ob wir Dinge verändern: Wir lernen immer, und wir verändern immer Dinge; und zwar nicht nur, weil jetzt eine neue Koalition gekommen ist, sondern weil die Sicherheitsbehörden immer arbeiten und immer lernen, aus den jeweiligen Situationen heraus agieren und Erfahrungen, die gemacht wurden, selbstverständlich verwerten. Unter anderem deshalb ist ja dieses gemeinsame Terrorabwehrzentrum gebildet worden, damit Landes- und Bundesbehörden dort besser zusammenarbeiten können. Ich will der Auswertung nicht voreilen, aber selbstverständlich stellen auch wir uns Fragen, und diese Fragen müssen beantwortet werden. Die kann ich nicht heute schon beantworten. Eine Frage, die ich mir stelle, ist beispielsweise: Wie konnte Amri ganz offensichtlich in Italien in Haft sitzen und danach nach Deutschland einreisen, und wir haben es nicht gewusst? Oder: Wer hat es eigentlich nicht gewusst? Oder: Wie kam das zustande? – Das ist eine Frage, die debattiert werden muss. Auch der Datenaustausch zwischen Behörden muss sicherlich hinterfragt und die Frage gestellt werden, ob Konsequenzen daraus schlussfolgern. All das werden wir zu bewerten haben. Aber es ist eben nicht so, dass Gefährder nicht überwacht würden. Wir müssen auch nicht den Eindruck erwecken, dass das nicht der Fall ist. Wir haben vorhin hier vorgetragen, dass Amri über fast sechs Monate eine Telefonkommunikationsüberwachung hatte. Die Bewertung ist, dass danach nichts herausgekommen ist und dass es deshalb nicht weiter verfolgt wurde. Aber selbstverständlich hat diese TKÜ stattgefunden. Fragen, die damit in Zusammenhang stehen, werden aufgearbeitet und sind zu beantworten. Aber wir müssen hier nicht so tun, als ob die Sicherheitsbehörden nicht an den jeweiligen Fällen dran wären.

Klar ist auch, dass politische Schlussfolgerungen, personelle und finanzielle Veränderungen und Verstärkungen stattfinden. Ich erinnere hier nur an den Haushalt 2016/17. Dort hat das Abgeordnetenhaus ein Antiterrorpaket in Höhe von 7,8 Millionen Euro beschlossen. 2016 sind 5 Millionen davon bereits ausgegeben worden. Die Restsumme steht noch für 2017 zur Verfügung, wird auch entsprechend verwendet werden. Sie ist nur noch nicht vollständig ausgegeben worden, weil es Lieferengpässe vonseiten der Wirtschaft oder Industrie gegeben hat bzw. Ausschreibungsfristen gibt. Aber gleichzeitig war damit verbunden, dass die Polizei 600 zusätzliche Stellen erhält, davon 168 für die Terrorismusbekämpfung. Und ich kann hier feststellen, dass alle 168 Stellen mit spezialisierten Kräften aus dem vorhandenen Personal besetzt worden sind. Dazu kamen noch 15 externe IT-Experten. Wir konzentrieren diese Stellen auf die Bereiche Staatsschutz, mobile Einsatzkommandos, Observationen. Ich mache noch einmal aufmerksam darauf, dass der neue Senat sich am 9. Januar zu einer ersten Klausurtagung trifft. Dort werden wir auch über ein Sicherheitspaket reden. Ich verstehe die Anspannung, unter der wir im Moment alle sind, aber ich warne vor zu schnellen Schlussfolgerungen

Das Gleiche gilt übrigens auch für Videoüberwachung. Wenn wir uns den Anschlag vom 19. Dezember anschauen, dann wäre der durch Videoüberwachung nicht verhindert worden. Die Frage, die wir uns stellen: Hätte Videoüberwachung dazu geführt, die Fahndung zu verbessern? – Das ist eine Debatte, die wir führen müssen. Es ist aber völlig normal, die Bevölkerung aufzufordern, wenn es weitere Fotomaterialien oder Handycamaufnahmen gibt, die zur Verfügung zu stellen, damit die Fahndung unterstützt werden kann, weil wir gar nicht in der Lage sind, den gesamten Bereich der Stadt Berlin mit Video zu überwachen und von jedem Lebensbereich über entsprechende Aufnahmen zu verfügen.

Ich sage Ihnen auch, ich wollte nicht so verstanden werden, dass wir im öffentlichen Raum keine Konsequenzen ziehen. Natürlich ist – ich habe das vorhin mit dem Thema Prävention

gemeint – städtebauliche Kriminalprävention für die Gestaltung öffentlicher Räume ein Thema für uns. Das muss zunehmend ein Thema in der Stadt werden für die Gestaltung öffentlicher Räume. Auch die Verwahrlosung öffentlicher Räume ist zurückzudrängen, damit das Sicherheitsgefühl entsprechend steigt. Das ist eine dauerhafte Aufgabe, die wir haben und der wir uns zu stellen haben. Nur, die gesamte Stadt zuzupollern und zu glauben, dass wir auf diese Art und Weise zu mehr Sicherheit kommen, wenn wir überall Metalldetektoren etc. aufstellen – – Da gibt es leider negative Gegenbeispiele in der Welt. Wenn Sie sich die Situation in Großbritannien anschauen, haben wir dort eine deutlich ausgeweitete Videoüberwachung, als das in Deutschland oder Berlin der Fall ist. Die Kriminalität ist deshalb trotzdem nicht geringer. Oder wenn Sie sich die Situation in Israel anschauen: Dort haben Sie praktisch vor jedem Supermarkt Metalldetektoren wie in Flughäfen. Anschläge passieren trotzdem. Es ist eine bittere Wahrheit: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Aber ich kann Ihnen sagen, dass die Sicherheitsbehörden wachsam sind und der zugegeben kurze Eindruck, den ich bisher als Innensenator habe, ist, dass die Sicherheitsbehörden und die Rettungskräfte in Berlin mit hoher Professionalität arbeiten. Das sollten wir an dieser Stelle nicht in Frage stellen.

Es gibt aus den Täterkreisen, die Sie genannt haben, diese Anschläge, ja. Es gibt umgekehrt aber eben auch Anschläge auf Flüchtlingsheime. Und in diesen Flüchtlingsheimen wohnen friedliche Familien mit ihren Kindern. Wovor ich warne, ist, einzelne Täter herauszugreifen und dann Schlussfolgerungen für ganze Bevölkerungsgruppen zu ziehen. Es handelt sich immer um individuelle Täter, egal, woher sie kommen.

Eine weitere Frage, die wir uns zu stellen haben, ist: Wie kam Amri hier in Deutschland zu sieben Aliasnamen? Das ist die Frage. Nur, daraus zu schlussfolgern, sämtliche geflüchteten Menschen, die vor Krieg und Vertreibung und Unterdrückung nach Deutschland geflüchtet sind, unter Generalverdacht zu stellen, davor würde ich an dieser Stelle warnen. Diese Täter sind Einzelpersonen, das ist gefährlich. Wir bemühen uns, sie entsprechend zu überwachen. Aber unsere offene Gesellschaft in Frage zu stellen und jetzt aus dem Bauch heraus Konsequenzen zu fordern, die unser Alltagsleben, unsere freie Gesellschaft in Deutschland einschränken, davor möchte ich an dieser Stelle warnen. Angst ist das falsche Zeichen.

Dann wurde gefragt nach dem Schutz jüdischer Einrichtungen. Selbstverständlich werden jüdische Einrichtungen in Berlin extra geschützt. Ich war vor wenigen Tagen bei der Eröffnung des Louis-Lewandowski-Festivals in der Synagoge in der Pestalozzistraße. Selbstverständlich finden am Einlass zusätzliche Kontrollen statt. Selbstverständlich befinden sich die Sicherheitsleute da. Selbstverständlich gibt es dort Metalldetektoren. Keiner betritt diese Synagoge, ohne dass die Tasche durchleuchtet wurde. Selbstverständlich sind jüdische Einrichtungen in Berlin geschützt, und es gibt Personenschutz für Repräsentanten der Jüdischen Gemeinde. Das ist so, und das wird leider noch eine gewisse Zeit auch so bleiben müssen, solange die Gefahrensituation für jüdische Einrichtungen leider besteht.

Dann gab es die Frage zu den Pollern, die hatte ich schon beantwortet. – Dann war der Punkt, wann wir den Koalitionsvertrag anpassen: Das ist eine Frage, die Sie dem Senat nicht stellen sollten, sondern Koalitionsverträge werden unter Parteien besprochen. Da müssen Parteien miteinander diskutieren. Was wir hier führen, ist eine möglichst konstruktive Diskussion. Im Frühjahr nächsten Jahres, wenn wir die Faktenlage kennen, ist ein geeigneter Zeitpunkt. Dann werden wir auch sehen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. – Vielen Dank!

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Bitte schön Herr Akmann, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Torsten Akmann (SenInnDS): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann noch Stellung nehmen zum Thema Verfassungsschutz. Es wurde gefragt, inwieweit der Amri auch dort bekannt war. Ich bin jetzt zwar relativ neu in Berlin, ich wohne zwar schon länger in der Stadt, aber bei der Berliner Landesverwaltung bin ich neu. Ich meine aber, es gibt auch hier im Abgeordnetenhaus einen Verfassungsschutzausschuss. Da müssten dann vielleicht weitere Fragen zu dem Thema vertieft behandelt werden. Aber ich kann Ihnen gern die Auskunft geben, dass Amri auch beim Berliner Verfassungsschutz bekannt war, allerdings dort mehr oder weniger keine weiterführenden Erkenntnisse vorlagen, sondern im Prinzip mehr oder weniger deckungsgleich die polizeilichen Erkenntnisse.

Dann hatten Sie, Herr Abgeordneter Dregger, zu dem Thema Vereinsverbotsverfahren Fussillet gefragt. Es ist in der Tat so, ich sage mal ja. Sie hatten gefragt, ob es seinerzeit eine Empfehlung des Hauses an den früheren Innensenator Henkel gab. Das ist mir so aufgeschrieben worden, und wenn Sie erlauben, würde ich das auch gleich zitieren wollen: „Herrn Senator Henkel wurde empfohlen, zunächst eine rechtskräftige Verurteilung der Beschuldigten abzuwarten.“ Das waren diese fünf Strafverfahren, von denen ich vorhin sprach. Dann wurde mir noch aufgeschrieben, dass Senator Henkel diesem Vorgehensvorschlag am 29. August 2016 zustimmte. Ich zeige Ihnen das Papier auch gerne, wenn Sie möchten. Insoweit brauchen Sie, glaube ich, Sie keine Akteneinsicht. Aber wenn Sie sie haben wollen, selbstverständlich!

Dann wurde gefragt zu dem Thema Gefährder, von der FDP-Fraktion. Er war Gefährder. Er war zu dem Zeitpunkt Gefährder auch in Nordrhein-Westfalen, als er festgehalten wurde. Das betraf aber nicht Nordrhein-Westfalen, sondern – das hatte ich vorhin ausgeführt – das betraf – Die Haftanstalt, in der er sich befand, lag in Ravensburg, also in Baden-Württemberg. Ich gebe Ihnen ein Stück weit recht, natürlich sind da Fragen, warum er denn damals – er war dort vom 30. Juli bis zum 1. August in der Haftanstalt – nicht festgehalten worden ist. Die Frage stelle ich mir auch. Ich habe dazu aber keine weiteren Erkenntnisse, sodass ich diese Frage nicht beantworten kann. Die müsste zuständigkeitsshalber in Baden-Württemberg behandelt werden, es müsste dort nachgefragt werden.

Dann – das kam auch aus der FDP-Fraktion – noch mal zu dem Thema Moschee, Vereinsverbot. Das hatten Sie falsch verstanden. Ich hatte nicht gesagt, dass wir das weiterhin beobachten, sondern ich hatte gesagt, dass ich gerade heute das Haus angewiesen habe, der Hausleitung einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man möglichst zeitnah ein Vereinsverbot herbeiführen kann. Insoweit warten wir da nicht ab, sondern werden da schon konkret und gehen die Sache an.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank! – Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Vallendar.

Marc Vallendar (AfD): Sehr geehrter Herr Geisel! Leider sind Sie nicht auf meine Frage hinsichtlich der christlichen Kirchen eingegangen, ob da Schutzbedarf besteht zu Heiligabend und zum 1. und 2. Weihnachtstag und ob Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Zum andern wurde auch nicht die Frage danach beantwortet, wie viele Gefährder es in Berlin im Moment gibt und ob die im Moment aktiv werden, ob es da Erkenntnisse gibt in ihrem Bewegungsver-

halten oder Ähnlichem und ob jetzt Nachahmertaten unmittelbar nach diesem Anschlag drohen.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Schönen Dank! – Dann hat der Senator das Wort.

Senator Andreas Geisel (SenInnDS): Ich hatte vorhin schon gesagt, dass es immer eine Beurteilung der Sicherheitslage gibt und dass die Berliner Polizei für entsprechende Sicherheit sorgt. Wenn sich dort besondere Gefährdungslagen herausstellen, werden selbstverständlich auch christliche Kirchen geschützt. Herr Trapp – darf ich das sagen? – hat mir das gerade an einem Beispiel in Spandau geschildert, dass der dortige Polizeiabschnitt eine Kirche schützt. Wir bemühen uns, in den nächsten Tagen und Wochen so viel Polizeipräsenz in Berlin zu zeigen, wie notwendig und uns möglich ist, und zwar unter Einschluss christlicher Kirchen und aller anderen. Aber ich sage es Ihnen noch mal: Absolute Sicherheit gibt es nicht. Ein Kennzeichen unserer offenen und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft ist eben, dass nicht an jeder Straßenecke ein Polizist steht und uns alle bewacht. Das führt vielleicht zu gefühlter Sicherheit, aber nicht zu objektiver Sicherheit an dieser Stelle. Und deshalb sage ich Ihnen: Ich habe dort Vertrauen in die Polizei und Sicherheitsbehörden des Landes Berlin und des Bundes, für so viel Sicherheit zu sorgen, wie das notwendig ist. Sie sehen das auch im Straßenbild. Aber ich bitte Sie, in der politischen Diskussion zu beachten, dass wir kein Angstszenario zum Leben in Berlin, dieser Stadt der Freiheit, entwerfen und unseren Alltag verändern. Ja, wir wissen, die freiheitliche Gesellschaft ist verletzlich. Wir werden an der einen oder anderen Stelle auch verletzt. Nur, das Ziel der Terroristen, dass wir unseren Alltag, unseren Glauben, unser Denken ändern, das dürfen sie nicht erreichen. Und ich will auch nicht im öffentlichen Straßenland, dass das sichtbar wird, dass sie das erreichen. Und die Reaktion der Berlinerinnen und Berliner zeigt, dass diese das auch nicht wollen.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Senator! – Bitte, Herr Lenz!

Stephan Lenz (CDU): Meine Frage zu dem Portemonnaie war an den Polizeipräsidenten gerichtet. Das ist noch nicht beantwortet.

Christian Steiof (LKA): Herr Lenz, Sie sehen mir nach, dass ich zu diesem Verfahren keine Details sagen kann; das ist klar. Aber mal unabhängig davon, es ist Grundsatz, an einem Tatort sehr vorsichtig alle Spuren, die da sind, zu sichern, weil diese unwiederbringlich sind. Deswegen ist auch in diesem Fall die Priorität 1 gewesen, alle Spuren um den Lkw herum als Allererstes zu sichern, um den Tatort wieder freigeben zu können. Deswegen hat es etliche Stunden gedauert, bis man den Lkw dann sozusagen versiegelt in der Julius-Leber-Kaserne untersucht hat, die Führerkabine. Ich habe Bilder gesehen, die möchte ich Ihnen gar nicht schildern. Es ist nicht so, dass die Geldbörse irgendwie vorne auf dem Sitz lag. Dieses Führerhaus ist so wie ein Lkw, der hier am Straßenrand steht. Wenn Sie die Bilder von den Frontscheiben gesehen haben, können Sie sich ungefähr vorstellen, was da drin los war. Es ist nicht so ganz banal, warum das so lange gedauert hat. Wir haben ein Spannungsfeld, das will ich unumwunden zugeben, zwischen der Frage der Beweissicherung eines solchen komplexen Tatortes und der Spuren – Sie haben in den Medien gehört, dass wir eine Fingerabdruckspur von Amri im Fahrzeug gefunden haben –, die sind sehr empfindlich. Da muss man schon vorsichtig rangehen. Auch der Mantrailer-Einsatz, den wir vorhatten, ist nicht vorgezogen worden, weil Hunde, die in diesem Lkw geschnüffelt hätten, etliche Spuren vernichtet hätten. Aber das Spannungsfeld besteht natürlich bei der Frage: Haben wir eine Gefahrenlage, und

wie beweissicher müssen wir Spuren sichern? Da kann man sich darum streiten, ob man erst mal irgendwie alles durchwühlt und guckt, ob es solche Hinweise gibt. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Gerechnet hat damit keiner. Meine Tatorteute und die Mordkommission – es waren vier Mordkommissionen am Ort, die die Tatortarbeit professionell machen –, machen ihre Arbeit bei jedem Mordfall gut, auch hier.

Das zweite Spannungsfeld, das wir immer haben und hier auch ganz eindeutig, ist die Frage der eindeutigen Identifizierung von Toten und die Frage des Umgangs mit Angehörigen. Wir haben sehr lange gebraucht, derzeit sind neun von zwölf Toten eindeutig identifiziert, nach internationalen Standards der Identifizierungskommission. Natürlich müssen wir vorher – das haben wir auch getan – Angehörige betreuen und darauf vorbereiten, dass es sein kann, dass einer ihrer Angehörigen tot ist. Aber es wäre auch fatal zu sagen, wir sind nicht hundertprozentig sicher, überbringen eine Todesnachricht und kommen hinterher und sagen: War doch nicht so. Das sind zwei Spannungsfelder, die werden wir immer haben. Aber Sie können davon ausgehen, das ist auch hier so für uns ein Novum – wir arbeiten in einer Riesenorganisation mit dem Bundeskriminalamt, und einen solchen Anschlag hat auch das recht erfahrene Landeskriminalamt in Berlin noch nicht gehabt –, dass wir wie in allen Fällen eine Nachbereitung machen würden und genau über solche Themen diskutieren müssen: Wann gehen wir wie ran, nach welchen Standards. Oder: Wo schränken wir Standards ein, um bestimmte andere Wege zu gehen? Deswegen erscheint es von außen extrem lang, wenn man einen Tag braucht, bis man ein Portemonnaie in einem Lkw findet.

Amtierender Vorsitzender Peter Trapp: Vielen Dank, Herr Steiof! – Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen, dass wir diesen Besprechungspunkt nicht als abgeschlossen ansehen, sondern dass wir das tun, was der Senator uns vorgeschlagen hat, im Frühjahr diesen Tagesordnungspunkt wieder aufrufen, um dann die Ergebnisse zu diskutieren. Dann wird vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.